

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Klassenkampf erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark. ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Gewerkschaftsbüro für den Bezirk Halle-Merseburg e.ö.M.G., Halle, Perlebergstraße 14.

Abbestellungspreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Breite; 70 Pfennig für Restamt im Zeitungswesen. Manuskripte zu richten nach Halle Perlebergstraße 14. Tel. 2104, 2107, 2221. Teleg.-Adr.: Klassenkampf; Halle. Bankkonto: Commerz- u. Girobank Halle. Postkassenkonto: Leipzig 100848. Adress: Arch. Halle.

Abbestellungspreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Breite; 70 Pfennig für Restamt im Zeitungswesen. Manuskripte zu richten nach Halle Perlebergstraße 14. Tel. 2104, 2107, 2221. Teleg.-Adr.: Klassenkampf; Halle. Bankkonto: Commerz- u. Girobank Halle. Postkassenkonto: Leipzig 100848. Adress: Arch. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Sonnabend, 19. Februar 1927

7. Jahrgang Nr. 42

150 000 Metallarbeiter ausgesperrt Verbindlichkeitserklärung für Leipzig unter Massendruck abgelehnt Dem Bezirksparteitag zum Gruch Halle, 19. Februar.

Morgen, am 20. Februar, tritt der Bezirksparteitag der KPD Halle-Merseburg zusammen. In einer Zeit, wo die internationale Lage und die Lage in Deutschland die höchste Spannung der Kräfte erfordern, gilt es, die Bilanz der Arbeit der letzten zehn Monate zu ziehen, die neuen Aufgaben zu bestimmen, die Leitung zu wählen.

Hinter uns liegt die Kampagne für den Volksentscheid, die Landeskonferenz der Metallarbeiter Mitteldeutschlands, der Reichstagskongress der Werktätigen und der Reichserwerbslosenkongress. Vor uns die Organisierung des Kampfes gegen die drohende imperialistische Kriegsgefahr, die Mobilisierung des Proletariats im Spitzenkampf um Lohn und Arbeit. Hinter uns liegt die innerpolitische Diskussion, die erfolgreiche Abwehr aller kleinbürgerlichen Tendenzen. Vor uns die Aufgabe, den gesteigerten politischen Einfluss der Partei auf die arbeitenden Massen mit der organisatorischen Stärke der Partei in ein richtiges Verhältnis zu bringen.

„Die KPD ist tot — die KPD hat keinen Einfluss mehr auf die Massen, sie ist eine einflusslose Sekte, die KPD steht vor der Spaltung.“ Wer erinnert sich nicht auf die spaltenlangen Artikel, die die sozialdemokratische und die bürgerliche Presse unter diesen Überschriften veröffentlichte? Und heute? Das Triumphgefühl ist längst verstimmt und verwandelt sich in ein Mitgefühl über die großen Erfolge, die die revolutionäre Partei im großen Ringen um die politische Führung des Proletariats und der Verbündeten des Proletariats, der unterdrückten und ausgebeuteten werktätigen Massen errang.

Die Partei ist im Vormarsch begriffen. Tempo und Einzelheiten des Vormarsches werden nicht nur durch die Möglichkeit der politischen Linie, sondern auch durch unsere organisatorische Kraft, und letzten Endes auch dadurch bestimmt, daß unser wachsender Einfluss die Bourgeoisie und die Vertreter der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse, die SPD-Führer, zur höchsten Kräfteanstrengung veranlassen unseren Vormarsch mit den Mitteln des Terrors, der Demagogie und der niederträchtigen Verleumdung aufzuhalten. Trotz alledem! Wir marschieren!

Der Bezirk Halle-Merseburg hat an den Erfolgen der Gesamtpartei einen Anteil zu verzeichnen, der seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. Das Streben des Zentralkomitees, die selbständige Initiative der Bezirke zu entfalten und mit den veralteten Methoden der schematischen Arbeit zu brechen, entsprach den Bedürfnissen, die durch die gesteigerte wirtschaftspolitische Bedeutung des Bezirks hervorgerufen wurden. Die Landeskonferenz der Metallarbeiter Mitteldeutschlands brachte den Willen der Partei zum Ausdruck, die Zusammenballung des Truttkapitals auf unserem Gebiet mit einer Konzentration aller Kräfte der Werktätigen zu beantworten. Die vor und während der Landeskonferenz durchgeführte lebendige und fröhliche Einheitsfrontkampagne trägt jetzt, Monate nach der Konferenz, ihre Früchte: jede Woche, jeder Tag bringt Nachrichten über neue Fortschritte der Bewegung, neue Ortschaften für die Werktätigen, neue Versammlungen.

In den Gewerkschaften ist unser Einfluss wesentlich gewachsen. Die starken Positionen der Gewerkschaftsopposition wurden gehalten, eine Reihe von Ortsvereinigungen oder führenden Funktionen der Opposition neu erobert. Die sachlich-revolutionäre Arbeit unserer Genossen in den Gewerkschaften trägt ihre Früchte.

Die Parteidiskussion im Bezirk Halle-Merseburg wurde in aller Breite durchgeführt. Die Bestimmungen über die politische Plattform der Bezirksleitung, auf Grund welcher die Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag stattfand, ergaben eine Mehrheit von 98 Prozent für die leninistische Linie der Komintern und des Zentralkomitees der KPD. Dieses Ergebnis wurde durch politische Diskussionen und vor allem durch die praktische Arbeit der Partei erreicht, die die überwiegende Mehrheit der noch oppositionell eingestellten Genossen davon überzeugte, daß die Linie richtig ist. Heute finden sich die besten Genossen der früheren Opposition mit der Gesamtpartei in kameradschaftlicher kollektiver Arbeit zusammen.

Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium wurde geteilt die von den sächsischen Metallindustriellen beantragte Verbindlichkeitserklärung der 53-Stunden-Woche für die Leipziger Metallindustrie abgelehnt.

Die Vereinigung der sächsischen Metallindustriellenverbände hielt am Freitag in Chemnitz eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die Metallarbeiter in Chemnitz, Zwickau, Plauen, Dresden usw. am Sonnabendmittag mit Arbeitslosenschein auszusperren. Von der Aussperrung werden etwa 150 000 Arbeiter betroffen.

Der Reichsarbeitsminister hat die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches abgelehnt.

Vielleicht aus politischen Gründen? Aber den Fünftages-Schiedsspruch für den mitteldeutschen Bezirk kennt und sich erinnert, daß derselbe Reichsarbeitsminister vor sechs Wochen diesen barbarischen Schiedsspruch für verbindlich erklärte, wird über diese Zumutung nur lachen.

Brauns mußte die Verbindlichkeitserklärung ablehnen, weil die Erörterung und die Komplexität der sächsischen Metallarbeiter keinen Zweifel darüber belassen ließ, daß sie unter allen Umständen den Kampf gegen die 53-Stunden-Woche aufnehmen werden.

Die sächsischen Metallindustriellen haben die Generalaussperrung von 150 000 Metallarbeitern beschlossen. Arbeiter, merkt es Euch: Die Industriellen besetzen jetzt durch die Aussperrung Leipzig. Sie preisen auf das Geheiß. Sie nehmen das Geheiß nur in Anspruch, inwiefern es für die Kapitalisten Vorteile bietet.

Am Vorgehensweise wird erst das ungeheure Verbrechen, das bei dem mitteldeutschen Schiedsspruch begangen wurde, für jeden begreiflich. Der Bundespräsident hat für Mitteldeutschland einen Schiedsspruch von 54 Stunden für verbindlich erklärt zur selben Zeit, wo der Reichsarbeitsminister es ablehnen muß, die 53-Stunden-Woche für verbindlich zu erklären.

Wie ist das möglich? Das ist möglich, weil die Bezirksleitung Sachsen des DMB, vorher Kampfschlichter sagte, während dies in Mitteldeutschland umgekehrt der Fall war. Die Lohnkommission des DMB, Sachsen beschloß vor zwei Tagen nach erregten Verhandlungen, in denen die rechten SPD-Führer verhandelten, die Kapitalisten der Leipziger Metallarbeiter zu erzwängen, alle sächsischen Ortsvereinigungen des DMB, in Sachsen anzunehmen, sich für die Durchführung eines allgemeinen Metallarbeiterkampfes in ganz Sachsen vorzubereiten.

Gestern schrieben wir: „Jeder Anknüpfung kam die Nachricht bringen, daß die Leipziger Metallarbeiter nicht gemittelt sind, kampflös eine Verbindlichkeitserklärung der 53-Stunden-Schiedsspruches hinzunehmen.“ Der Augenblick ist gekommen. Jetzt hängt der Ausgang des Riesenkampfes davon ab, ob der Hauptvorstand des DMB und der UGB-Vorstand für die sofortige Verbreiterung der Front unerzählich Maßnahmen treffen werden.

Diese Grundlage der Partei und die Lage im Bezirk entscheiden uns nicht der Pflicht freier und offener Bolschewisten in der Selbstkritik. Im Gegenteil. Sie verpflichten uns dazu nur in höherem Maße. Eine solche politische Kritik von oben nach unten und von unten nach oben, die in keiner anderen Partei denkbar wäre, ist der Sauerstoff, ohne die die kommunistische Partei erblühen müßte.

Was tut nun? Die Kritik der konkreten Fehler und Mängel, der konkreten opportunistischen Entgleisungen, die in einer Situation zwischen zwei Wellen der Revolution eine länderliche Gefahr darstellen. Die Partei hat in der verflochtenen Periode ihrer Arbeit gezeigt, daß sie die opportunistischen Fehler, wo sie begangen wurden, mit richtiger Schärfe beurteilt und für ihre Korrektur sorgt. Freilich ist die richtige politische Linie, die wir gegenwärtig befolgen, die Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik nur eine allgemeine Linie. Wenn die Exekutive die Weltlage richtig einschätzt, und das ZK die Linie richtig vorgezeichnet, so folgt daraus noch nicht, daß Genosse I. oder Genosse II. im Gemeindeparlament oder in der Ortsverwaltung morgen nicht besondere opportunistische Fehler begehen werden. Die Kunst das Allgemeine auf das Besondere anzuwenden, die Kunst der dialektischen Kritik heißt noch viel mehr in der praktischen Kleinarbeit. Nicht lärmende Verleu-

Diese Maßnahmen müssen erzwungen werden. Aufnahme des Kampfes auf der gesamten Front in der Metallindustrie ist zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit. Wenn die sächsischen Metallindustriellen ihre Anträge nach Berlin, Halle usw. weitergeben können, sind sie ihrer Sache sicher. Wenn dies nicht zutrifft, dann müssen sie nachgeben.

Es ist klar, daß nur ein ungeheurer Druck von unten Kampfmaßnahmen des DMB erzwingen kann. Deshalb gilt es, alle Ortsvereinigungen des DMB und alle Gewerkschaftsstellvertreter und Ortsausschüsse des UGB, zu mobilisieren Ortsausschüsse, fordert die Verbreiterung der Front!

Höchste Kampfsolidarität mit den kämpfenden 150 000 sächsischen Metallarbeitern! Massenkampf für den Achtstundentag!

Haltliche Metallarbeiter, Eure Beschlüsse, und vor allem Eure Taten, haben unter den kämpfenden Leipziger Metallarbeitern eine stützende Wirkung ausgeübt! Sie haben dazu beigetragen, die Kampfschärfe und den Widerstand gegen die Ausschüßungsmaßnahmen zu steigern. Steigert weiter die Aktion! Von Betrieb zu Betrieb muß der Beschluß weiter verpflanzt werden. Acht Stunden und nicht weiter!

Und dann ansholen zu einem Schlag gegen die gesamte Unternehmervirtschaft, gegen das Parlament der Truttkönige, der Junker und Pfaffen, ansholen zu einem Schlag gegen den Bürgerkrieg! Kampf um den Achtstundentag! Sturz der Ausbeuterregierung! Her mit dem Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung!

Die Amterdamer liegen sich tot!

Das Naumburger Gewerkschaftsstellvertreter oppositionell

In der in Naumburg am 18. Februar stattgefundenen Kartellversammlung eroberte die Opposition die Mehrheit, trotzdem in allen SPD-Sitzungen ihren Boden vor der Wahl ein Sieg der Reformisten angeknüpft wurde. Um ihrer Sache ganz sicher zu sein, hatten sie das Mandat unseres Genossen A. nicht anerkannt. Trotzdem ferner ein oppositioneller Delegierter krank war, siegte die Oppositionsliste gegen den Vorschlag der Reformisten mit 15 : 13 Stimmen.

Der Erfolg der Opposition ist deswegen besonders bemerkenswert, weil die SPD-Vente vorher offen in ihren Sitzungen erklärt hatten, das Verhältnis zwischen den Amterdamer und der Opposition ist 18 : 18 für Richtung Amterdam. Das oben genannte Ergebnis ist ein deutlicher Protest der Naumburger Gewerkschaftler gegen die leidge und nach ihren eigenen Worten in der Kartellversammlung — unfruchtbare Arbeit der Reformisten. Es ist weiter ein Bekenntnis zur Arbeit und zur Nationalisierung, Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnabbau, es ist ein Zeugnis für die Richtigkeit der gewerkschaftspolitischen Linie der Opposition.

Die Arbeiterkraft kann an diesem Beispiel erkennen, daß hinter den großen Worten und Siegesmeldungen der Reformisten nichts anderes steht als die tiefe Gier nach den Erfolgen der Opposition.

Wir sind neugierig auf den Bericht in der sozialdemokratischen Presse. Näherer Bericht folgt.

Leninismus: dieser Begriff kennzeichnet aber nicht nur eine politische Gesamtaufassung, nicht nur eine politische Strategie und eine Taktik der Revolution. Der Leninismus ist auch der Inbegriff der neuen revolutionären Organisationsformen. Leninismus bedeutet den Kurs auf die Betriebe, die Schaffung aktiver, lebendiger Betriebszellen, vor allem in den Großbetrieben, die richtige legale Arbeit in den Betrieben.

Hier liegen nach die größten Schwächen der Partei. Nach haben wir die völlige Auflösung von den sozialdemokratischen Traditionen in der Organisation nicht vollzogen. Die Umstellung auf Betriebs- und Straßenzellen ist allzu oft schematisch erfolgt. Wie stark der Einfluss der Partei in den Betrieben in Halle-Merseburg ist, zeigt die außerordentlich hart entwickelte Arbeiterkorrespondentenbewegung. Doch ist dieser Einfluss in vielen Großbetrieben noch nicht durch feste organisierte Beziehungen verankert. Das ist aber in einem Bereichsbereich des Truttkapitals die wichtigste Aufgabe der Partei.

Alle Ziele — neue Methoden! Alle Ziele: das Ziel der revolutionären Mächtigerhebung, der proletarischen Diktatur, der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Das Fundament steht fest und unerschütterlich: der Marxismus-Leninismus, die Leninische Lehre vom Imperialismus, das Programm der Kommunistischen Internationale. Es gilt, nur die richtigen Arbeitsmethoden zu finden! Heranziehung der jungen, frischen proletarischen Kräfte aus den Betrieben, volle Ausnutzung der besonderen Fähigkeiten jedes einzelnen Genossen, gesunde Arbeitsteilung statt Überbelastung der Funktionäre — all diese Probleme und Aufgaben werden die Partei jetzt vielmehr beschäftigen müssen, als früher. Ueberwindung des Schematismus auf der ganzen Linie, in unserer Propaganda, in unserer Agitation, in unserer Organisation: das ist die Aufgabe, die nur durch die gesteigerten Bemühungen aller Genossen gelöst werden kann.

Ein unerhörtes Urteil der Niederjustiz

Viele Jahre Festsitzung für Seher und Buchdruckerbesitzer, weil sie kommunistische Literatur gedruckt hatten
Im dem Proseß gegen zwei Buchdruckerbesitzer und eine Reihe von Sehern, die angeklagt worden waren, im Jahre 1924/25 kommunistische Literatur, die 1923 beschlagnahmt war, gedruckt zu haben, sind nunmehr die Urteile gefällt worden. Der Buchdruckerbesitzer Konstantin Waisa erhielt ein Jahr sechs Monate Festsitzung, sein Bruder Franz Waisa ein Jahr Festsitzung. Die Seher Klops, Scholz und Darnitz wurden zu je zwei Jahren Festsitzung verurteilt, der Seher Otto zu einem Jahr sechs Monaten Festsitzung, der Seher Vinke zu neun Monaten Festsitzung.

Dieses schandhafte Urteil ist so heute unerhört. Die Seher hatten lediglich auftragsgemäß eine Broschüre gesetzt, von der sie natürlich nicht wissen konnten, daß sie verboten war. Das gleiche gilt von den Brüdern Waisa den Buchdruckerbesitzern. Das Urteil hat prinzipielle Bedeutung. Die gesamte Arbeiterkategorie und alle rechtlich denkenden Menschen müssen sich zum härtesten Protest gegen dies Urteil zusammenschließen.

Bierabend beim Reichspräsidenten und sein Ende Immer in Gemeinschaft mit sozialdemokratischen Führern

Berlin, 18. Februar.
Der Reichspräsident hatte für heute Einladungen zu einem Bierabend ergehen lassen, der die führenden Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Reichshauptstadt vereinigte. Anßer den reaktionären Generälen der Reichswehr und der Marine waren auch Otto Braun, Gumbel und eine andere Reihe sozialdemokratischer Führer erschienen. Ebenfalls war vom Bürgerblock-Ministerium Herr von Reubell anwesend.

Die gesellschaftliche Zusammengehörigkeit der sozialdemokratischen Führer und der deutschen Nationalen Bürgerblockminister wird immer enger. Die Zerküßnisse des Bürgerblocks und die damit verbundenen, durch gesellschaftliche Bindungen die an und für sich schon nicht ernstzunehmende Opposition der sozialdemokratischen Führer gegen den Bürgerblock vollends zu befestigen. Das ist bereits der dritte Bierabend (ein solcher wird vierterabend genannt, was lediglich die kulturellen auf Kosten der Steuerzahler geltenden Gattlerien mit einem harmlosen Wort verbinden soll), der in dieser Woche stattfindet, an dem sich die höchsten Spitzen der sozialdemokratischen Führungskräfte mit den Bürgerblockministern ein Stelldichein geben. Zwei Abende bei Hindenburg, ein Abend beim Ministerpräsidenten Braun. Die sozialdemokratische Partei besitzt die Fähigkeit, die Gesinnung nichts von diesen Gattlerien. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter: Was sagt Ihr dazu, daß Hindenburg und die Bürgerblockminister Eure Führer durch große Gesellschaften an sich binden und daß Eure Führer darauf eingehen und mit Vergnügen zusammen mit Herrn von Reubell die höchsten Abende verbringen?

Impoante Chinatungebung in Berlin

(Eig. Drahtf.) Berlin, 19. Februar.
Gestern Abend gestaltete sich die einberufene Versammlung zur Eröffnung des Parteizentralbrosches der Kommunistischen Partei, Berlin-Brandenburg, zu einer impoanten Kundgebung der Berliner Arbeiterklasse, die die Hunderttausenden aufmerksam war. Die Kundgebung galt zunächst den großen Freiheitstämpfen der chinesischen Arbeiter und Bauern.

Überall Waffenlager der Soldaten

(Eig. Drahtf.) Hamburg, 19. Februar.
In der Wohnung des Kapitäns A. D. Freyer wurde auf eine Anzeige hin eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der ein umfangreiches Waffenlager der Soldaten in die Hände fiel. Der vierjährige Sohn des Kapitäns, Mitglied der Organisation Geheimwehr, verriet gerade jede Auskunft über die Herkunft der Waffen.

Heraus zum Kampf gegen die Kulturreaktion!

Berlin, 18. Februar.
Gestern tagte im Preussischen Landtag der „Kampfband für Geistesfreiheit“ in dem sich eine große Anzahl von Organisationen bereits im Kampfe gegen das Schand- und Schandgesetz zusammengeschlossen. Der Kampfband beschloß die sofortige Einberufung von Kundgebungen gegen die kulturelle Reaktion, gegen die Jugend-„Jugend“-Macht, gegen die Reichsgerichtspräsidenten in den Proseßen gegen die Antifaschistischen Bundesräte und Vertreter, gegen die Kulturreaktion und des honorarreichen Reichstagsabgeordneten. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, mit noch nicht angegliederten Organisationen und Interessengruppen zwangsverteidigung der Antifaschistischen Führung zu nehmen. Die erste öffentliche Kundgebung soll bereits in der kommenden Woche stattfinden.

23 000 Textilarbeiter ausgeperrt

Grißig, 18. Februar.
Nachdem heute nach Arbeitslosigkeit auch die Textilarbeiter in Seidenberg ausgeperrt worden sind, beträgt die Zahl der ausgeperrten Arbeiter in der Bezirksomgruppe Grißig-Seidenberg rund 2300. Hier erfolgt die Ausperrung in der Bezirksomgruppe Seidenbach in Seiffers, so daß dann insgesamt 23 000 Arbeiter ausgeperrt sein werden.

Die Eisenbahner im Loknapp

(Eig. Drahtf.) Berlin, 19. Februar.
Die Eisenbahnerorganisationen treten am kommenden Montag zu einer Versammlung zusammen, um zur Klärung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages Stellung zu nehmen. Alle Wahrheitsliebenden sind hierzu bis zur Klärung der Lohnbestimmungen kommen, da ein Abgang mitten den Loknapp und der seit dem letzten Lohnabkommen weiter gestiegenen Leistung als eine Selbstverleumdung betrachtet werden muß.

Hirtsfieber-Berordnung bleibt in Kraft

Kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Mietberordnung abgelehnt — Doppelspiel der SPD, Ministerpräsident Braun drückt sich vor der Verantwortung

(Eig. Drahtf.) Berlin, 19. Februar.

Im Preussischen Landtag wurde gestern nach heillosen ergrüntem Kampf der kommunistische Antrag, der Aufhebung der Hirtsfieber-Berordnung, mit 222 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Für Aufhebung der Schandberordnung stimmten nur die Kommunisten und die Sozialdemokraten.

Darau wurde unter dem Druck der Kommunisten und der empörten Mieterorganisationen ein Eulentwurfentwurf angenommen, der besagt, daß das Inkrafttreten der Hirtsfieber-Berordnung bis zum 30. September 1927 verschoben werden soll. Aber schon läßt der Volksstaatsminister Hirtsfieber in der Presse erklären, daß er trotz dieses Eulentwurfes die Ausführung seiner Berordnung beschließt. Das ist die unerbittliche Drohung mit Nichtdurchführung eines Landtagsbeschlusses, auf die entsprechenden geantwortet werden muß.

Ueber das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Hirtsfieber wird voraussichtlich am Mittwoch abgemittelt werden.

Hirtsfieber-Debatte in der Freitagssitzung des Landtags

(Eigener parlamentarischer Sonderbericht)

Zu Beginn der Freitagssitzung, als das Haus in die Beratung über die Hirtsfieber-Berordnung eintritt, stellt im Auftrag der kommunistischen Fraktion Genosse Ebert den Antrag, den Ministerpräsidenten Braun sofort zurückzutreten, damit er die Stellungnahme des Gesamteintrages vor dem Hause darlege. Genosse Barfels erklärt, daß die Berordnung Hirtsfiebers eine grundsätzliche Bedeutung hat. Nicht nur trifft sie die kleinen Gewerbetreibenden, die Bodenbesitzer usw., sondern

sie stellt für Preußen den ersten Schritt zur völligen Beseitigung des Mieterschutzgesetzes überpass dar.

Die „Germania“, das Organ einer der einflußreichsten preussischen Regierungsparteien, hat ausdrücklich die Aufhebung der Berordnung zum Abbau der Wohnungswirtschaft erklärt. Weder in den Ausschüssen noch hier im Plenum ist über die Haltung der sozialdemokratischen Minister des Kabinetts zu dieser Berordnung ein Sterbenswort gesprochen worden. (Hört, hört, bei den Komm.) Ein um so größeres Interesse haben jedoch die hunderttausenden Mieter und vor allem die sozialdemokratischen Wähler. Sie wollen die Haltung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder kennen. Die Sozialdemokraten und Demokraten versuchen auch in dieser Frage ein Doppelspiel wie bei der Hohenjoller-Hilfswohnung. (Stimmen der Sozialdemokraten, bauende Störungsversuche.)

Die Doppelspieligkeit dieser Parteien, die hier Mieterfreundlichkeit und Mieterschutz vorlauten, während ihre Minister den mieterfeindlichen Volkswohlfahrtsminister tödnen und ihm nicht in den Arm fallen, werden wir vor den Wahlen angehen.

Warum machen die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder ihren Einfluß nicht geltend, ihren Minister zu Fall zu bringen? Warum bringen sie ein solches Kabinetts nicht zum Sturz? (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Den Schluß für das Verhalten der Sozialdemokraten gibt eine Nachfrist der sozialdemokratischen Progresspresse, wonach eine

Zentrumsauflösung am Donnerstag beschlossene hat, vorläufig in Preußen keine Auswanderung herbeiführen.

(Hört, hört, bei den Komm.) Das bedeutet, daß die Sozialdemokraten dem Zentrum bedingungslos aus der Hand greifen müssen, daß sie, bevor sie den unzulässigen Eintritt aus der Regierung erhalten, alles tun müssen, was dem Zentrum fordert. (Wüßte denn nicht der Sozialdemokrat, Beschäftigt mit den Tribünen.) Der Sozialdemokrat Hirtsfieber, er hätte seine Beranastaltung, den Ministerpräsidenten zurückzutreten, weil die Berordnung allein durch den Volkswohlfahrtsminister erlassen wäre.

Der Demokrat Fall ist schließlich den Antrag auf Schluß der Debatte. Dieser aus politischer Freiheit geborene Antrag wird vom Genossen Barfels bekennt.

Der kommunistische Antrag auf Beseitigung des Ministerpräsidenten wird von der Regierungspartei unter Mißhilfe der Wirtsführerpartei und der Sozialisten abgelehnt.

Plötzlich tritt das Haus in die Beratung selbst ein. Der Sozialdemokrat Fall ist erlaubt, verabschiedet die Praktikanten des Genossen Barfels zu entlassen, wonach die SPD durch ihre Regierungsopposition die Ministeranordnung für die mieter- und arbeiterfeindliche Politik des Ministers Hirtsfieber trägt. Die SPD ist entsetzte Gegnerin der Hirtsfieber-Berordnung.

Dem kommunistischen Antrag, dem Volkswohlfahrtsminister das Vertrauen zu entziehen, über die Sozialdemokratie abstimmen.

(Hört, hört, bei den Kommunisten). Die Sozialdemokraten befinden sich bei den Kommunisten. Die Sozialdemokraten befinden sich bei den Kommunisten.

Der deutschnationaler Redner Steinhoff erklärt, daß die Hirtsfieber-Berordnung im Interesse eines planvollen Abbaues der Wohnungsangelegenheit richtig sei. (Kostet er sie, d. Tribünen.)

Der Zentrumsmann Kältes verabschiedet den Kommunismus zu polemisieren, die von der Unzulässigkeit der Wahlen liegen. Er erklärt fromm und wieder, die Mieter seien durch ihre Organisationen geschützt worden. (Gelächter aus den Tribünen.)

Der Volksstaatsminister Gumbel, der mit den Juristen Ein Einigkeit über den Hausbesitzerrecht empfinden wird, gibt eine Erklärung ab, die die von Hirtsfieber und von ihrer Regierungspartei bedrohten Mieter aufbelehrt, die es sich entgegen der „redten“ Hand der Hausbesitzer nicht zurückziehen.

Sodann erklärt der Genosse Ebert das Wort. Er führt aus: Einmal, geben die Sozialdemokraten und Demokraten mit uns für die Aufhebung der Hirtsfieber-Berordnung gemein. Aber ihre jetzige Stellung ist nichts weiter als ein Heufed. Sie denken gar nicht daran, den Mieterfuß wirksam durchzuführen. Wenn sie wollten, dann müßten sie folgendes tun:

Wiegert sich der Minister, die Berordnung auszuführen, dann ist keine Entsetzung notwendig. Sollen sie ihn im Amt, geben sie ihm ein breitetes Mißtrauensvotum, denn betreiben sie das bisher schon betriebene Doppelspiel.

(Ehr wahr! Zustimmung aus den Tribünen. Arme des Zwischenrufes bei den Sozialdemokraten.) Der Minister, den die SPD bisher gerieben hat, war lediglich parlamentarisches Täuschungsmittel. Man will die erregten Massen beruhigen und tun Schein eines Vertrauens in den Minister, der die Berordnung mit uns für die Aufhebung der Hirtsfieber-Berordnung gemein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Warum machen die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder ihren Einfluß nicht geltend, ihren Minister zu Fall zu bringen? Warum bringen sie ein solches Kabinetts nicht zum Sturz? (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Einheitlich und geschlossen für die Linie der Partei

Bezirksparteiange der SPD im Reihe — Heberall Küdigung der Dpposition

Anserem Bezirksparteiung sind in den anderen Teilen des Reiches schon eine ganze Reihe Bezirksparteiunge vorausgegangen. Überall wird ihr Kennzeichen: Festigung und Vorkampf der Parteimehrheit, Küdigung der Dpposition, der selbst in den Gebieten, wo früher die Dpposition am stärksten war, bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Auf einigen Bezirksparteiungen erhielt die Dpposition nicht einmal einen einzigen Delegierten, so daß sie überhaupt nicht in Erscheinung trat. Wir wollen nachher einige Abstimmungsergebnisse der bisher stattgefundenen Bezirksparteiunge wiedergeben.

Bezirksparteiung Ruhrgebiet:

In Bochum fand am 5. und 6. Februar der Bezirksparteiung des Bezirks Ruhrgebiet statt. Von den anwesenden 116 Delegierten stimmten 165 für die von der Bezirksleitung vorgelegte Resolution 223 Stimmen dagegen und einer enthielt sich der Stimme. Die oppositionellen Delegierten vertreten zwei Parteien. So Genossen bildeten die Gruppe der sogenannten „Entschiedenen Rinken“, während die übrigen fünf sich zur sogenannten „Ultras-Dpposition“ benannten. Trolley wurde der Bezirksparteiung durch den vollstehen Leiter des Bezirks, den Genossen Klotz, Sonntag früh begann der zweite Tag der Parteionen mit einem Referat des Genossen Vitzur über die weltpolitische Lage, die Ergebnisse der 7. Erweiterten Erezitive und die innerparteiliche Lage. Die Diskussion bewegte sich auf einem sehr hohen Niveau. Es zeigte sich, daß die Parteigenossen durch die Diskussion des vergangenen Jahres viel gelernt haben. Nicht der Fall war dies bei den Redner der Dpposition die nicht nur in ihrer geistigen Entwicklung stehen geblieben, sondern teilweise einige hundert Kilometer vom Kommunismus zurückmarschirt waren.

Bezirksparteiung des Bezirks Niederrhein:

Am Sonnabend und Sonntag, den 12. und 13. Februar, fand in Düsseldorf der Bezirksparteiung des Bezirks Niederrhein statt. An ihm haben 117 Delegierte, 55 Parteimitglieder mit beratender Stimme und über 50 Gäste teilgenommen. Während der ganzen Tagung, die sich sehr gründlich mit der internationalen Lage und mit den vorliegenden Anträgen der Partei beschäftigte, fand eine außerordentlich eifrige Diskussion statt. Besonders bemerkenswert ist die ganze Tagung, daß die ultrafeindliche Stimmung völlig überwunden ist. Die Entscheidung, die die Beschlüsse der Tagung der 7. Erweiterten Erezitive gutgeißt, wurde, wie auch alle anderen Entscheidungen einstimmig gefaßt. Die Bezirksleitung wurde einstimmig gewählt.

Stadtdelegiertenkonferenz in Leipzig:

Am letzten Sonntag, den 13. Februar, fand in Leipzig die Stadtdelegiertenkonferenz statt, die außerordentlich hart von Delegierten und Gästen beudat war. Als Vertreter der Zentralkomitees sprach der Genosse Gumbel. Für die „Abdinger Dpposition“ sprach als Vertreter Genosse Klotz. In der Diskussion sprachen eine Reihe von Genossen, unter anderem auch der Genosse Lifschenbör, der erklärte, daß er und „seine Gruppe“ die „entschiedenen Rinken“ Gruppe Samara in der Partei veremittelt. Seine Gruppe wolle mit der „Abdinger Dpposition“ nichts zu tun haben. Je mehr er sprach, desto mehr in die Dpposition nicht einmischen. Sie stimmten jedoch mit diesen Vorbesatzen für die Resolution Klotz-Vogt, weil sie den

Kampf gegen die Komintern und des JA der Partei bedeute. Die Abstimmung über die von der Bezirksleitung vorgelegte Resolution ergibt 233 Stimmen dafür und 194 Stimmen dagegen. Gemäß dem Abstimmungsergebnis werden am Samstag in dem Reichsparteitag 233 Stimm für die von der Partei vorgelegte Resolution, sondern auch die Differenzierung innerhalb der Dpposition beweist den Küdigung der Dpposition in Leipzig. Die letzte Stadtdelegiertenkonferenz hatte der Dpposition eine Mehrheit gebracht. Die diesmalige eine feste und geschlossene Mehrheit für die Linie der Partei.

Die 2. Internationale heßt gegen sich selbst

Wieso gegen sich selbst? Anders kann man aber das neue Manifest der Erezitive der Sozialistischen Arbeiterpartei nicht bezeichnen. Das Manifest fordert die Rückberufung der fremden Truppen und Kriegsschiffe aus China, zur selben Zeit, wo die angeführten Führer der 2. Internationale, L. D. M. S. und A. G. S. D. in dem englischen Parlament erklärten, daß sie keineswegs eine Partei seien. Nicht nur das, sondern der italienischen Sozialistenkongress zur selben Zeit, wo der Sekretär der 2. Internationale, wie d'Aragnona, mit folgenden Worten zu Mussolini übergehen und ein Lepart wörtlich erklärte: „Man darf über so bedürftige Führer nicht den Stab brechen.“ Weislich, die 2. Internationale heßt gegen sich selbst. Das Manifest ist insbesondere eine einzige Drohung für die Politik der SPD-Führer. Der Grund für die radikalen Wörtern ist der Misserfolg des Antirationalkongresses in Brüssel, die wachsende Mißstimmung gegen den Imperialismus unter den sozialdemokratischen Arbeitern, die wachsende Unzufriedenheit mit dem Manifest für hervor. Der scharfe C. A. Bauer setzte auch durch, daß dieses Manifest die übliche Verneinung des „roten Imperialismus“ im Manifest heßt. Das zeigt, daß die sozialdemokratischen Führer eine Randlandschaft nach dem Minder der SPD-Preise im Ausland nicht mehr zu unterstützen wissen.

Von einer Verzerrung der zum Sozialismus überlaufenden italienischen sozialdemokratischen Führer ist im Manifest kein Wort zu finden!

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Ausschluß eines französischen kommunistischen Abgeordneten. Der kommunistische Abgeordnete Baranton ist gestern wegen parteiunwürdigen Verhaltens aus der Kommunistischen Partei Frankreichs ausgeschlossen worden. Die sozialistischen Wähler rühmen ihm viel Gerechtigkeit und geschichtliche Form nach.

Genosse Cahin erhält kein Mandat bei Balfour. Nach einer Agentenurteilung aus Balfour wird dem französischen kommunistischen Abgeordneten Marc Cahin, der in dem Proseß gegen den Kommunisten Boris Stefanoff als Zeuge aufgetreten ist, die Einreise in das rumänische Gebiet verweigert werden.

Gefährliche portugiesische Revolutionäre. Wie voraus als sich schon befindet, sollen sich portugiesische Führer der Sozialisten und des Antirationalismus zum Ningo gefaßt haben.

225 Entwürfe für den „Freiden“. Sie ist fast kein Generalsekretariat des Arbeiterbundes 225 Entwürfe für den Bau des fünfjährigen Arbeiterbundes eingegangen.

Auslandswochenchau

Die Abrüstungsaktion Coolidge's

A. R. Die Aktion des Präsidenten Coolidge für die Abrüstung ...
Die Aktion des Präsidenten Coolidge für die Abrüstung ist ein in aller Eile ...
Die Abrüstungsaktion des Präsidenten Coolidge ...

Neuer Sieg der Kanton-Truppen

W.E.B. London, 18. Februar.

Neuer meldet aus Schanghai: Die Stadt Ningpo, 90 Meilen nördlich von Shanghai, ist von der Kantonarmee eingenommen worden. Die Truppen Santhung-Lang, die die Stadt geräumt haben, sind auf dem Seewege in Schanghai eingetroffen. Nach einer späteren Meldung bauer die Bildung großer Teile der Streitkräfte Santhung-Lang in die Provinz Jiangsi an. Auf dem an der Grenze der internationalen Niederlegung in Schanghai gelegenen Vertragsbahnhof kamen am Abend über 4000 auf dem Bildung der Santhung-Soldaten an. Außerdem treffen Soldatenteile in großen Scharen ein.

Die Kanton-Armee vor den Lören Schanghai's

Die Schanghai's Arbeiterfront fordert Generalkrieg

(W.E.B.) London, 19. Februar.

„Daily News“ berichtet aus Schanghai vom Sonnabend früh: Die Lage in Schanghai ist äußerst ernst. Der Generalkriegsleiter hat angekündigt, daß die Arbeiter für heute vorläufig einen Generalkrieg verlangen, um ihre Forderung nach einem Generalkrieg durchzusetzen. Die Arbeiterfront in Schanghai ...

Zeitungen und Nachrichten sind ebenfalls von den Kantonern geräumt worden.

Die ersten englischen Truppen in Schanghai

Wirden im Zusammenhange Englands und Amerikas in der Abrüstungsfrage ...
Die ersten englischen Truppen sind in Schanghai gelandet. Es ist klar, daß dadurch die Verhandlungen zwischen der Kanton-Regierung und England außerordentlich erleichtert werden. Ein formaler Abbruch ist zwar nicht erfolgt, aber es überhört eine Verlindeutung zulaufe kommt, ist außerordentlich zweifelhaft. Innerhalb der englischen Regierung geht der Kampf zwischen den Vertretern der nachfolgenden Generalkriegsfront und der konservativen Richtung weiter. Die Gegenaktion der Arbeiterfront gegen den China-Krieg nimmt an Kraft zunehmend zu. Überall im Lande finden Massendemonstrationen statt. Jedermann in England ist überzeugt, daß die Baldwin-Regierung kaum wagen wird, die über die Besetzung der Kanton-Truppen zu entscheiden. Es ist zu erwarten, daß die Kanton-Truppen in Schanghai einmarschieren werden.

Aus Sowjet-Rußland

Eine Preisabbaueinordnung der Sowjetregierung

(D.H.) Moskau, 18. Februar.

Der Vorsteher des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion, Rukhadow, hat zusammen mit dem Handelsminister, Mitofin, eine Verordnung erlassen, wonach vom 1. Februar ab die Preise für die wichtigsten Waren um 5 bis 15 Prozent sinken werden. Diese Verordnung ...

Ein Todesurteil in Leningrad

Moskau, 18. Februar.

Im Leningrader Prozess gegen drei finnische Spione wurde der Hauptangeklagte, der ehemalige finnische Konsul in Moskau, J. J. Rönkä, zum Tode verurteilt. Die Angeklagten hatten den Auftrag, den ehemaligen finnischen Konsul in Moskau, J. J. Rönkä, zu ermorden. — Der früher einmal einflussreiche Außenminister war, dann General der Flotte in Moskau, wurde dort überführt. Seitdem verlor er die Rechte der Bourgeoisie.

Für die Kapitalisten renzieren sich die Konzeptionen nicht mehr

Die neueste Nummer der bürgerlichen „Proger Presse“ meldet aus Moskau:

Russland, der sich in der Sowjetunion zum lenkewirtschaftlichen Staat umgewandelt hat, hat nunmehr nach langen Verhandlungen mit dem Hauptkonzeptionsauschuß auf eine weitere Verringerung der Steuern in der Sowjetunion verzichtet. Der Grundgedanke ist offenbar darin zu sehen, daß Russland den Staat in den letzten Jahren ...

Leningrad, die sechstgrößte Stadt Europas. Wie der „Nitjpross“ meldet, hat nach den Ergebnissen der neuesten Volkszählung Leningrad jetzt 1.614.000 Einwohner. Es ist jetzt die zweitgrößte Stadt der Sowjetunion und steht unter den europäischen Großstädten an sechster Stelle.

Frankreichs Marinepläne gegen England

Die französische herrschende Klasse hält eine kriegerische Auseinandersetzung mit England in nächster oder weiterer Zukunft für durchaus möglich. Für eine solche Situation bereitet sich Frankreich, trotz der Entente, für den Fall vor, daß bei einem Zusammenstoß mit England die französische Regierung ...

Der Bruch zwischen Deutschland und Polen

Die Politik des Staatssekretärs Grawert ist die der politischen Erneuerung mit dem Abbruch der Handelsverträgeverhandlungen beantwortet worden. Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg, verbunden mit einer geschlossenen Ausweisungspolitik, geht also weiter. Die Masse der deutschen Arbeiter wird eine nationalistische Bewegung gegen das polnische Volk nicht mitmachen. Die deutsche Arbeiterfront weiß, daß die Arbeiter und Bauern Polens in schmählicher Weise unterdrückt werden. Das wertvollste Volk Polens ist für die Politik Bismarcks nicht verantwortlich. Auf deutscher Seite sehen die Vorkämpfer den Abschluss eines Handelsvertrages mit Polen nicht gern. weil sie die Kartelle des polnischen Getreides und Viehs abschaffen wollen. Auf der anderen Seite will die Regierung die Wirtschaft durch Aufhebung des Deutschenbisses ihre Position stärken und die Bevölkerung vor der innerpolitischen Krise ablenken. In größerem Zusammenhang bedeutet freilich der Abbruch der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen eine empfindliche Schlappe für England. Die englische herrschende Klasse wollte zugleich zwei Vögel in einem Feuer haben. Man sieht ...

gleichzeitig mit Deutschland und mit Polen ein. Aber die Gegenkräfte zwischen den herrschenden Schichten Deutschlands und Polens sind so tief, daß die englische Diplomatie sie nicht überbrücken konnte. Der Eintritt der Deutschen in die Reichsregierung hat mindestens die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen nicht verbessert. Dafür sorgt jetzt die Verhandlung. Zu dem ähnlichen Gange des Herrn Chamberlain kommt nun noch die außerordentliche Eskalation der Bestrebungen, die einen deutsch-polnischen Block gegen Sowjet-Rußland bilden wollten.

Eine gemeinsame Konferenz der Parlamentarier. Wie verlautet, wird am 22. Februar eine Konferenz zwischen dem Vorstand der Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Vorstand der 2. Internationalen stattfinden. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung werden die Vorbereitung der Internationalen Wirtschaftskonferenz und die Besprechung der internationalen politischen Lage sein.

Wiedereröffnung Sabouls in seine Anwaltskanzlei. Der Appellationsgerichtsrat in Berlin hat die Berufung des General Lu Liang Yin abgelehnt. Sabouls, dem die Anwaltskanzlei das Recht zur Ausübung der Anwaltschaft wegen seiner kommunistischen Einstellung und wegen seiner Tätigkeit in Moskau aberkannt hatte, wurde in seine Rechte als Rechtsanwalt wieder eingesetzt.



General Lu Liang Yin
Gestern sprach in Berlin vor vielen Tausenden von Arbeitern als Vertreter der Kanton-Armee General Lu Liang Yin. Er ist Führer der Delegierten der Kanton-Armee, die zum Studium der roten Armee in Moskau unterwegs ist. Er kommt heute vom Krivoprolet in Moskau an. Er wird in den nächsten Tagen wieder nach Shanghai zurückkehren, um sich dann wieder an die Front zu begeben. General Lu Liang Yin ist 45 Jahre alt.

Zement

Von Fodor Gladow

Copyright 1928 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russisch überlesen von Olga Salpeter

Im hellen, für ihn bekannten Zimmer kam sie zum Bewußtsein. — Nun, Junge Frau, hat Dir unsere Küche gefallen? Und jetzt sag, was Du weißt. — Ich weiß nichts ... gar nichts. — Und Du kennst auch nicht diesen Rücken und dieses Mädchen? — Jimma konnte ich und auch Petro ... ich habe sie schon als Kind gekannt ... — Zwei Offiziere, etwas jung wie der Hauptmann, stürzten sich auf etwas ins Ohr. Er züngelte seine Stirn und suchte mit der Wange. — Aber! Sie jetzt und, Hauptmann: wie werden sie ein wenig beschleunigen. — Und Grimassen schneidend, schlugen sie ihr mit schrecklichen Worten ins Gesicht, und diese Worte waren mehr wie die Haargeschleife. Sie fiel in die Ecke des Zimmers und wehrte sich mit den Händen. — Nicht! Nein, nicht! ... eher handeln ... Nein, nicht! ... Der Hauptmann hob die Hand und lächelte lächlich. — Du sag ... Es wird nicht geschehen ... wenn Du die Wahrheit sagen willst, komm her und erzähle. — Was soll ich Ihnen erzählen, wenn ich nichts weiß ... und was soll ich Ihnen erzählen ... Wie, schämt Ihr Euch nicht ... Sie ließ doch Jung. — Der Hauptmann schenkte sich zurück und zwinkerte vielsagend mit den Augen. — Beide Offiziere wandten sie unter den Ährsten und schleppten sie ins andere Zimmer. Sie warfen sie auf den Boden, entblößen sie in schämigster Weise und dergewaltigen sie. — Bis Mitternacht lag sie mit nassen Beinen und Schritten kaltem im Keller. Wie man sie hinwegnahm, hatte, so wie sie liegen geblieben. Jimma kam zu ihr gekrochen, schloß sie auf, küßte sie mit ihrem Kopf an Dajch's Brust und trug wieder weg. — Jimma sah sie, als sie in die Küche: sie kommt mit den Füßen an, schämt sich und tangt einen wilden Sopot (Wetttuch). Und

Dajcha streckte ihr die Hände entgegen und schrie vor Angst und Widerwillen. — Das ist das, sag das, Mitternacht! ... Sag das! ... Sie trat zu ihr, wie Jimma, und hat verweilt um etwas, ohne zu wissen, warum. Und dann, bis an die letzten Stunden, dachte sie nicht mehr an Mirta und sah sie nicht: als ob Mirta nicht leben würde, als ob Mirta ein erloschenes Bild eines Traumes war. Nach Mitternacht, sie erinnerte sich wie im Schlaf daran — brachte das Dröhnen eines Helikopters für ihre Besinnung. Sie sah auf dem Holzboden, und mit ihr lagen und lagen noch andere. Sie erinnerte sich: Jimma, deren wilder Schrei und der schmerzliche Jähling. Und rund um sie fanden Offiziere und Kojoten, die Gemühle im Kopf. Alle schrien und wurden herumgeführt wie Viechen. — Und nur eines blieb grau in ihrer Erinnerung — bunte Funken der Sterne, und die Sterne waren ganz nach, zum Greifen nah. — Und es war keine Angst in ihr. Sie wußte — jetzt kommt der Tod: das Automobil wird ihnen bleiben, man wird sie aus dem hölzernen Koffein hinauswerfen, sie an das Meerwasser führen — und sie wird nicht mehr sein. Sie wußte es, und ihr Herz war kein Herz — nur eine unerträgliche Kälte in ihrem Herzen. Und es war so ruhig, so einfach in ihrer Seele, als ob es nicht Mitternacht wäre, sondern ein gewöhnlicher Traum, am an Gräueln, an den man nicht glaubt, wenn man ihn träumt, und von dem man weiß, daß sie nicht leben können werden. — Und Mirta war bald ganz vergessen, als ob sie nie dagewesen wäre — bald lag sie wie eine Welle durch sie, mit ausgestreckten Händen und zerissenem Gesicht — Gil und diese Welle erfüllte sie wie der Schlag der Nagelkette im Keller. Und wieder verstand Mirta, was dergewaltigen, wie ein fängt erschöpfener Traum. — Die neben ihr liegenden Genossen, der schmerzliche Jähling (er wurde in das Auto wie ein Reismann hineingefahren) und Jimma und Petro wurden wie Beichen hin- und her geschleudert. Und niemand tat ihr leid, sie fühlte nur ihr Herz — und das Herz war ein nichtschmerzender Eisenkumpen. — Und als das Lastauto stehen blieb, war Dajcha wie tot, als ob sie, zugleich mit dem Motor aufgehört hätte zu leben. Man rief sie auf die Erde hinunter — sie blieb stehen und fand genau die regungslos, wie sie liegen hätte. Auch Jimma fand nicht mehr, wie sie wie ein Kind. Petro stampfte wie ein Tüfel auf einer Stelle herum, entstellte durch die Prügeln, drehte er seinen Schüdel (sein Gesicht war schwarz von Blut), behielt, hülflos und sparte unangenehm Gesicht vor (sogar von Blut), behielt, hülflos und sparte unangenehm Gesicht vor (sogar von Blut), behielt, hülflos und sparte unangenehm Gesicht vor (sogar von Blut). — Und nur eines überlebte irgend noch und trug in Jimma's Ohr, und es schien ihr, als ob nicht sie, sondern ein anderer überlebte:

Schweig und schweig ... schweig und schweig ... stich, stumm, schweig ...
Es schien ihr: eine große Menschenmenge hüpfte sich auf sie und werfe sie zur Seite. Das waren vier Kojoten, die Jimma und Petro mit den Gemehren stießen. — Sie trippelten schweigend, ergeben, ohne sich umzusehen. Und nur, als sie etwas entfernt hatten, schrie Jimma und schlug wie ein Vogel um sich. — Nie lag zurück und wirkte mit den Händen. — Dajcha — meine liebe Dajcha! ... Was machen sie mit mir, Dajcha! — Man ließ sie und schrie sie ohrenbetäubend an. Sie trat auf, schlug um sich und fiel auf den Sand. Man rief sie an den Händen und ließ sie wieder auf. Schweigend gingen sie noch einige Schritte. Sie blieb stehen und rief bejort: — Dajcha — was habe ich gemacht? ... Ich habe mein Tuch auf dem Auto vergessen ... wiedersehen Gesicht und wiederum wurde sie noch mehr gelassen. — Und dort, vorne, auf dem sandigen Ufer, das ins Meer im dunklen Glühens hineinragt, dort, wo das Meer glasig, wie ein hingender, schwarzer Ufer in die Finsternis hineinmüht — lag Dajcha nur in der Schärfe, und diese Schärfe schienen wie trunten auf einer Stelle zu liegen. — Und wieder erlöste der freischwebende Schrei Jimma's: — Ich will nicht, ich will nicht! ... Mit meinen eigenen Augen will ich meinen jungen Tod sehen ... — Und bis zum ersten Schuß hörte sie nicht zu fahren auf. — Geht weg, geht weg! ... Ich will! ... Mit meinen Augen will ich. — Und als die Schüsse ertönten, schien es Dajcha, als ob das Meer mit Jimma's Schreien lang und schrie. — Ein Schatten kam ganz nah an Dajcha heran. — Jimma leisten Worte: sag, was arbeitest du zusammen mit den Grünen? Ich gebe Dir mein Wort, Dich sofort nach Hause zu lassen. Oder sonst — Du siehst — wirst Du sofort dort sein. — Und wie früher antwortete Dajcha, wie ein kleines, dummes Mädchen. — Ich bin doch eine Frau, wie kann ich wissen, wer ein Grüner ist und wer nicht. Ich habe eine Tochter Mirta's Tochter und ich arbeite ... ich muß mich doch ernähren. — Und fing zu weinen an. — Sie weinte wirklich, aber nicht sie weinte, sondern ihr kleines Mädchenchen, es schlug wie ein Vogelchen in ihrem Herzen um sich. — Gut ... schaff diesen Güterdort dort weg. — Schleppt ihn an Händen und Beinen dorthin, zu den anderen. (Fortf. folgt.)

Kommunistische Politik

Haushaltberater im Zeichen der Rationalisierung

Die Aufgabe unserer Fraktionen

Die Gemeinden stehen vor der Haushaltsberatung. Die Beratungen sollen auf ein ganzes Jahr voraus die Bedürfnisse der Gemeinden abschätzen und die zur Durchführung der Gemeindefähigkeit auf den verschiedenen Gebieten nötigen Mittel bereitstellen. Obzwar sich die Gemeinden bei der Haushaltsaufstellung abzuwehren haben, abzuwehren gebundene Haushaltspläne aufzustellen, sondern regelmäßig mit erheblichen Widerspruch arbeiten, dürfte die Fixierung eines Haushalts für 1927/28 doch erheblich leichter und einfacher sein. Es sind ja gut wie keine neuen Grundlagen für die Haushaltsaufstellung vorhanden.

Was vorhanden ist, schonmal. Der neue Wirtschaftsausschuß, wozu die Gemeinden seit Jahren waren, ist ausgetreten. Die Gemeindefähigkeit werden gering und unklar sein. Die finanziellen Grundlagen für die Erhebung der sogenannten Realsteuern (Grundvermögens- und Gewerbesteuer) sollen für 1927 abnorm — und zwar im Interesse der Großkapitalisten — verändert werden. Was nicht die Befestigung dieses Aufwandes noch nicht ist. Wie aus der Begründung des heutigen Haushaltsplans hervorgeht, rechnet man mit erheblichen Einnahmeverlust, wenn die dem Landtag vorgelegten Regierungsanträge beibehalten werden. Die Wirtschaft ist — trotz „Stabilisierung“ und „Nationalisierung“ — ein sehr unruhiger Faktor bei den Einnahmen der Gemeinden. Zumal durch die enge Verzinsung der öffentlichen Verschuldung, die dem Großkapitalisten durch Steuererlässe und „Stabilisierung“ weitere Vorteile zu gewährt. Ein Beispiel dafür war der 1926 gefasste Beschluß des Landtags, der allgemein festsetzte, daß referierende Gemeindefähigkeits für 1926/28 Steuererhebungsanträge bekommen, unter die Reihe über 200 Prozent der 1925/26 gefassten Vorschläge hinausgingen. So sehr der Kommunismus dahin gewirkt haben, daß die kleinen, selbst arbeitenden Gemeindefähigkeiten in weitestgehendem Maße Steuererlässe bekommen, so wenig lag Anlaß vor, die Gemeindefähigkeiten zu kürzen durch Steuererhöhungen. In der Verwaltung der Gemeinde ist die Hilfe von Sanität in der Regel weitestgehendes Stundung bekommen hatten und die infolge dessen die größten Steuererlässe schuldig waren. Allein eine Gruppe von Sanitätspfägern in Frankfurt a. M. hat nach dem Bericht des dortigen Kommissars an den Preussischen Städtetag durch den § 4 des Gemeindefähigkeit

ein Steuerertrag von 2 Millionen Mark bekommen. Aus D. I. 1926 berichtigte der „Kriegskampfer“ dieser Tage, daß die dortigen wenigen „Großbetriebe“ die für 1926/27 für Gemeindefähigkeits erhalten bekommen, was natürlich praktisch eine Erhöhung des Profits der Kapitalisten bedeutet, andererseits Kürzung der Gemeindefähigkeit für soziale und kulturelle Zwecke.

An erstem Maße besteht die

Unschärfe bei der Schätzung der Ausgaben. Erwerb, Krieg und andere Verluste haben ihre Haushaltspläne noch nicht festgelegt. Die von diesen Stellen zu fordern Beträge stehen also keineswegs fest. Leicht kann eine Gemeinde 1000 Mark Kreisumlage mehr zu zahlen haben, wenn die Einnahmen nur gering erhöht werden. Ein Beschluß des Provinziallandtags a. B. zur Verminderung der Kreisumlage, die in 1927 im Hinblick der Umlage zur Folge haben. Da Halle a. S. mit 600 000 Mark Provinzialumlage rechnet, kann dieser an sich hohe Beitrag leicht um ein paar hunderttausend Mark sich erhöhen. Preisveränderungen, die in „Produzenten- und Konsumentenpreisen“ im Hinblick automatisch in erhöhten Ausgaben aus. Lebensmittel- und Mietenerhöhungen ziehen größere Aufwendungen in den Wirtschaftswesen nach sich (selbstverständlich nur bei Gemeinden mit vermögensreicher Verwaltung, die ihre Amtszweckgebäude richtig pflegen und ausführen). Die Erhöhung der Weltmarktpreise hat uns keine Methode zur Verfügung erhöht. Einnahmen, die sich endlich forsetzen läßt. Denn bei dem geringen Einkommen der meisten Schichten führt Preisveränderung fast immer zu vermindertem Umsatz und nicht zu größeren Einnahmen.

Der stärkste Unsicherheitsfaktor in der Haushaltsaufstellung der Gemeinden ist aber das Entzerrn der kapitalistischen Rationalisierung. Betriebsstilllegungen und -einstellungen wirken sich hier ganz heftig nach beiden Seiten aus. Beschäftigt irgendwen Konzern oder Einzelunternehmer die Stilllegung eines Betriebes oder die Stilllegung einer Gesellschaft, so reist dies Maßnahmen ein großes Loch in den Gemeindefähigkeit. Man stelle sich vor, die Direction der Mansfeld AG würde von Eisenbahn nach Halle verlegt. Dies würde unbedingt die völlige Entschärfung des Fundaments der Stadt Gieselen bedeuten. Man denke darüber nach, was aus Silesia würde, wenn der Eisenschiffvertrieb der Betrieb einstellte, oder wenn die Fabrik an dem Gieselenbetrieb eingingek. Diese Gemeinden hätten zunächst mit Steuererhöhungen zu rechnen. Dann aber stehen sie infolge der Erwerbslosigkeit vor größeren Aufwendungen an den Gebieten der Fürsorge. So kann einer kleinen Gemeinde mit wenig anderer Beschäftigungsmöglichkeit die Stilllegung eines Großbetriebes vollkommen die Existenzgrundlage zerstören.

Diese Perspektive zeigt die absolute Abhängigkeit der Gemeinde im bürgerlichen Klassensaat. Die Initiative und die Selbstverwaltung der Städte von der Profits- und Gewaltspolitik der Kapitalisten. Die Begriffe „Demokratie“ und „Selbstverwaltung“ werden zu leeren Phrasen. Inwieweit diese sind, die Tatsachen selbst sind ein unüberwindliches Hindernis für die Verwirklichung der Gemeindefähigkeit. Die Gemeinde ohne ein Kampfinstrument zur Vertiefung ihrer Interessen, wie Allgemeinpolitik, Gemeindefähigkeitsbewegung, Kulturpolitik usw. In jenem Punkte, wo infolge der Diktatur der Bourgeoisie und ihrer Bürokratie die Gemeinden in der Abhängigkeit öffentlichen und privaten Interessen gefangen werden, können die beiden Klassen nicht zusammen. Hier ist der Haushaltberater im Zeichen der kapitalistischen Rationalisierung anzulegen mit einer grundsätzlichen Kritik

der Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtungsintendenzen des bürgerlich-kapitalistischen Staates. Hier ist nachzugehen — falls immer wieder ähnliche Beispiele zur Hand sein — wie die Einnahme der politischen Initiative von Sozialdemokraten, die die kapitalistische Rationalisierungspolitik nicht möglich ist. Die Haushaltsaufstellung selber bieten in dieser Richtung Beweismaterial. Ganz gleich, ob in ihnen Personalabbau, Kürzung der

Mittel für die Volksschule, Verfestigung der Sozialfürsorgeleistungen, Tarifbewegungen der Werke oder Verluste von Steuererträgen oder beides zugleich zum Ausdruck kommt. In keinem Orte 1927 Haushaltsberatung, ohne daß zur Anwendung des radikalsten Systems der kapitalistischen Rationalisierung ausgehen von seiner Wirkung auf die Gemeinden, die Kommunisten eine grundsätzliche Kampagne führen!

Ebenso wenig wie die Arbeiter in den Betrieben jenes mörderischen Systems verächtlicher Ausbeutung tatenlos über sich ergehen lassen dürfen, daß dies auch nicht in den Gemeinden geschehen. Das Proletariat muß auch hier zur Offensive übergehen.

Die kommunistischen Fraktionen in den Gemeinden müssen diese Offensive anführen. Sie haben bei der Haushaltsberatung (wie auch sonst) alle Maßnahmen zu ergreifen und vorzuschlagen, die gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik wirken. Dies können Kampf — wie auch Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Opfer sein. Stilllegungen, aber noch leistungsunfähige oder gar mit Mafträgen verlorene Betriebe können in Besitz genommen und in kommunaler Weise fortgeführt werden. Wohnmittel, Wohnungen, zum Zwecke des Wohnraums oder Arbeitsverfertigung vorgenommen, können wirkungslos gemacht werden, wenn die Arbeiter bei Arbeitsverlorenheit oder in Gemeindebetrieben beschäftigt werden (Arbeitsverlorenheit a. B. müssen sofort Schritte auf Erziehung des kommunalen Wohnungsbauprogramms in eigener Regie folgen.) Die Wohnungsfrage, welche in sich die Tendenz zur verstärkten Rationalisierung trägt, muß aus allerhöchster Stelle bekämpft werden.

Somit aber müssen sich unsere Genossen in den Gemeinden weit ausbreiten

der Opfer des kapitalistischen Systems annehmen. Wenn die Gemeinden schon nicht die Rationalisierungspolitik in ihren schwersten Auswirkungen hindern können, dann sollen sie wenigstens für die ausreichende Erfüllung jener unauflöslichen Notwendigkeiten sorgen, die die brutale Pflicht der Zivilisierten und das letzte Ausmaß der Gemeindefähigkeit in der Produktion heraufscheuert und zum Untergang verurteilt. Bei den Haushaltsberatungen 1927 im Zeichen der Rationalisierung müssen alle kommunistischen Fraktionen durchsetzen, daß genügend finanzielle Mittel für laufende und Vorarbeiten, zur Unterhaltung der Grundschulen, Arbeitervereine, Krankenhäuser, zur Einrichtung von Speisehallen mit ungenutzter Pflanzung eines fröhlichen Essens, zur Abgabe von Kleidung, Kohlen und Kartoffeln, zur Wiederherstellung von Schulbauten, Wohnstätten und Klubs an die Arbeiter der Gewerkschaften, sowie zur Erziehung der Kinder an die Behörden zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden in um so größeren Beträgen zur Verfügung kommen, wenn außerdem um die Bekämpfung von unproduktiven Ausgaben arbeiterehrlicher Art (Polizei, Kirche, Luxusautos, Repräsentationsgehälter usw.) gekämpft wird. Die Hauptaufgabe ist, daß solche Mittel auch für den Arbeiter zu Verfügung stehen, für die kommunale und staatliche Bureaucratie tausend Einwürfe mehr. Diese gilt es von vornherein zu erheben durch energisches, gut vorbereitetes Vorgehen unserer Fraktionen bei der Haushaltsberatung.

Der Etat heran an die Waffen!

Das geht vor allem und ganz unbedingt die Erörterung der Haushaltsaufschlüsse der Gemeinden in den Ortsgruppen der Partei, in den Gewerkschaftsstellen, in den Ortskreisen der D. V. B., vor den Betriebsbegehrten. Die Arbeiter sind nach instruktivem Vortrag eines Genossen der Fraktion aufzufordern, bei der Teilnahme an den beschriebenen Versammlungen die Agitation der SPD zu lassen. Unser Genossen haben sich von vornherein der Zustimmung dreier Kreise der Bevölkerung zu ihren Vorschlägen zu versichern. Hierbei ist sogar Sozialarbeit notwendig. Unsere Stellung zum Steuerhaushalt interessiert die Kleinrentner und Arbeiter nicht, man soll deshalb die Verbindung aufnehmen, um eine Ausbreitung herbeizuführen. Das Arbeiterkapitel ist zunächst mit dem Gewerkschaftsrat, den Vorständen von D. V. B. und S. B., also in Gewerkschaften, Sozialrentnern, Kriegsveteranen, Frauen (W. V. B.) vorzukommen zu bewegen. Die Arbeiter sollen in den Versammlungen der Wohnnachbarn müssen von uns über unsere Forderungen auf dem Gebiet des Wohnwesens informiert werden. Ebenso selbstverständlich ist eine Verbreitung des Suletats und unserer Anträge dazu vor den Ortsrentnern, einer Vollversammlung des J. S. B., der Arbeitervereineorganisationen.

Unsere Arbeit kein Erfolg!

Kein Zweifel: diese Art der gewissenhaften Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen zum Gemeindefähigkeitsplan wird die kommunistische Kritik an der bürgerlich-sozialdemokratischen Gemeindefähigkeit ausbreiten, sie ist die einzige Methode zur Sicherung möglicher Erfolge im Interesse der Arbeiter und sie gestattet uns eine gute, von den täglichen Klagen der Gemeindefähigkeit erscheinende Kennzeichnung des Systems der kapitalistischen Rationalisierung (wobei endlich die Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die Diktatur der Banken und Leiharbeiter).

Unsere sozialpolitischen Forderungen

Von R. Hirsemann

Es ist eine seitliche Tatsache, daß in unseren Kreisen der Sozialpolitik erst jetzt die Bedeutung erkannt wird, die sie notwendigerweise verdient. Wir haben immer sehr viel distinktiert in den Gemeindeparlamenten und darüber oft die wichtigsten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet vergessen. Die heutigen Rationalisierungsmethoden der Kapitalisten haben selbstverständlich auch einen starken Abbruch der gesamten Arbeiter- und Wohlfahrtsbestrebungen der Kommunen im Auge. Diese Forderung der Bourgeoisie wird von den meistens reaktionären Stadtverwaltungen willkürlich durch Abbruch im Etat in Erfüllung gebracht. Diese Abbrüche in den Haushaltsplänen der Kommunen bedeuten in jedem Falle eine zielgerichtete Verletzung der Arbeiter, Kriegs- und Sozialrentner und sonstigen Hilfsbedürftigen. Es haben deshalb unsere kommunistischen Gemeindefähigkeitsberater vor allem ihr Augenmerk darauf zu richten. Allgemeine Auffassung der Partei über soziale Forderungen, die sie nur durch die Zustimmung der Arbeiter ist, um gewisse Schäden innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems auszugleichen, da sich sonst die Folgen der Schäden gegen den Kapitalismus selbst richten würden. Dabei ist

es natürlich selbstverständliche Pflicht der Partei, Bewilligungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege zu fordern, weil sie ja nur den ärmsten der Armen zugute kommen.

Eine der ersten Forderungen an die Gemeinde ist, daß keine Mittel bewilligt werden an die sogenannte „freie Wohlfahrtspflege“.

Diese Organisationen rekrutieren sich ausschließlich aus bürgerlich-reaktionären Kreisen. Von ihnen wird Wohlfahrtspflege nur betrieben, um die Arbeiter in ihre politische Gefangenschaft zu bringen (Kommunistischer Frauen-Bund, Kates Kreis, Freiwiliger Christenverband, Zentralausweis für die innere Mission usw.). Wenn Mittel bewilligt werden, dann nur unter der Bedingung, daß die Gemeinde die Durchführung der Aktion in eigene Hände nimmt.

Durch diese Maßnahme wird die Güntigkeitswirtschaft der sogenannten „freien Wohlfahrtspflege“ am empfindlichsten getroffen. Unter dem Kapitel „Fürsorgeamt“ oder „Wohlfahrtsamt“ stehen jenseit Ausgaben, die ohne weiteres bewilligt werden können. Die Genossen in den Gemeindeparlamenten sollen hier bei Stellung von Anträgen in Bezug auf die Höhe der Forderungen nicht allein gehorcht sein, weil schon bei Mithaus des Gehaltsauswahlpianos diese Deernate stets sehr kümmerlich ausfallen. Von diesen Deernaten werden betraut unsere ärmsten Klassenangehörigen; es fallen folgende Ausgaben darunter:

Wohlfahrtsunterstützung an Kranke, Ausgewanderte, ärmliche und zahnärztliche Behandlung, Alti, Entbindungen und Hauspflegerinnen, Armenheim, Kinder, medizinsche Hilfsmittel, Erhebungen, Überführungen, Ruhe- und Pflegegeschäften in Krankenhäusern, Wanderarbeitersfrauen, Obdachlosentafel.

Wir haben dafür zu sorgen, daß für die Durchführung dieser Aufgaben genügende Mittel bereitgestellt werden, um das Los der zu Bekämpften so erträglich wie möglich zu gestalten.

Besondere Bedeutung ist auch dem Gebiete der Gesundheitspflege zuzuwenden. Die Säuglingssterblichkeit, Entlassung, Hunger, Strapazipole greiften gerade heute in erschreckender Weise unter der wertigen Bevölkerung. Hier helfen nicht kleinliche Wohlthaten, sondern es soll und muß an die Wurzel des Übels gelangt werden. Die Wurzel dieses Übels ist vor allem die

Unterernährung und Wohnungsnot.

Durch großzügige Wohnungs- und Bauprogramme, durch Einrichtungen von Speisehallen, Müllhöfen und Gemahrung reichlicher Startungsmittel muß hier Abhilfe geschaffen werden. Allen Forderungen der Bürgerlichen nach Zubehören, wie Stadthallen, Rathäuser, Kirchen, Klubs und sonstigen Unflut, müssen immer und immer wieder unsere Forderungen in Bezug auf Gesundheitspflege gegenübergestellt werden.

Ein weiteres wichtiges Kapitel, dem wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden haben, sind die Ausgaben für Jugendpflege oder Jugendämter. Hier ist besonders darauf hinzuwirken, daß der pflanzliche Entzug innerhalb der Jugendpflege zurückgedrängt wird, und daß die Jugendämter in Jugendpflegevereine unter der größten Berücksichtigung der Arbeiterjugendvereine

geschleift. Ganz systematisch werden die letzten gesellschaftlich überleben und ausgeliefert. Alle Ausgaben an Pfaffen und Anzuehen der sogenannten „freien Wohlfahrtspflege“ sind kritisch zu prüfen. Dafür fordern wir die Einziehung durch die Kommunen von Säuglings- und Kinderheimen, Mütterheimen, Sorten, Kinderstribben und -gärten (ohne geistliches Proletariat natürlich), Kindererhellung, Kinderwanderungen usw. Einrichtung von Spiel- und Sportplätzen, Kindermathematik usw. Abendkassen.

Durch Schaffung von Jugendheimen in den Sozialallemen die Möglichkeit zu geben, die Gelegenheit und Weiterbildung ohne Beluh der Schanzwirtschaften und Genus von Alkohol zu pflegen. Das geht Schaffung einer guten, von religiösen und monarchistischen Tendenzen freien Volksbibliothek. Mindestens genügt hierzu die Erlaubnis, ein oder mehrere Räume in einem dieser Zwecke. Wo sie verweigert werden aus Grund des Erfolges des Kultusministeriums, wonach die Polizei zu entscheiden hat, ob der SPD, nahebeiende Vereine Räume bekommen oder nicht, ist der stärkste Protest gegen diese Ungleichheit der Behandlung von bürgerlicher, sozialdemokratischer und kommunistischer Jugend zu erheben und Aufhebung des Erfolges zu fordern.

Als weiteres beachtenswerteres Kapitel ist die

Fürsorge für die Kriegs- und Arbeitsopfer.

Hier soll nach Ansicht der bürgerlichen Gemeindeverwaltungen, stets am meisten gearbei werden, weil hier sehr leicht die Bewandlungen der Sozialpolitik zu sehen sind. Erhebungsgegenstände sind die Renten der Kriegs- und Sozialrentner zu erörtern, daß wir, trotz der bestehenden logenannnten Mafträge, a. B. bei den Sozialrentnern, die Pflicht haben, auch für diese Opfer ausreichend zu sorgen. Es muß durchgesetzt werden, daß schon bei der Erhebung der Sozialrentner, in bestimmter Voransicht, besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wenn dies bei Beratung der Haushaltspläne geschieht, so können die Magistratsrat oder Gemeindefähigkeitsberater nicht zum Beispiel der fallen Jahreszeit kommen und sagen: die Mittel sind erschöpft.

Nach noch ein Wort zur Forderung von Ehrenämtern innerhalb der Wohlfahrtspflege, wie Armenfürsorgeopfer, Armenhelfer, Ermittlerinnen, Mitglieder von Jugendbauvereinen oder Wohlfahrtsdeputationen. Ich glaube, hier ist der Standpunkt der Partei der gleiche, wie bei den Parlamenten usw. Wir haben die Pflicht, derartige

logenannte „Ehrenämter“ zu belegen und im Interesse der proletarischen Bewegung auszuüben. Sehr viel Gleichmateral gleitet dort an der Zentralfelle des Glubs durch die Hände unserer Genossen. Wir bekommen Erfahrungen, denen politischen Entzug auf die zu unterstehenden Kreise, denn der zu Betreuende steht in der Person nicht nur den ehrenamtlichen Ermittler, sondern er glaubt viel an den persönlichen Einfluß desselben und ist stets geneigt, aus seiner politischen Einstellung zu folgen. Deswegen beantragen wir die zu den reaktionären Kreise die Wohlfahrtspflege als ihre Befähigung. Bei der Debatte über die Deernate haben wir als kommunisten immer wieder zu erklären: Solange der Staat ungeheure Summen für Polizei, Kirche, Reichswehr und dergl. mehr ausgibt, spielt für uns die Deernatsfrage keine Rolle.

E. Führer durch die Geschäftswelt der Provinz für Arbeiter und Angestellte im Bezirk Halle-Merseburg

Halle, Halle-Saalekreis

Gustav Thiele, Könnern
Halleische Straße 2a
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone
Electr. Installation 34593

Wäsche- und Schürzenfabrik
Salz Pann, Bernburg, Markt 8/9
Arbeiter: Könnern, Seiffen, Sanders-
leben, Zeitz 34595

Ludwig Hellwig, Könnern
Heilige-Geist-Straße 13
eröffnet
H. Fleisch- und Wurstwaren 34591

Engel-Drogerie :: Max Schulze
Könnern, Bismarckstraße 1
Photogr. Atelier, Schokolade-Spezialgeschäft 34589

Carl Schreiber: Uhrmacher
Könnern, Halleische Straße 18, Tel. 294
Uhren, Schmuckwaren, Reparat. Gefechtsuhr 34588

Konsum- und Spargenossenschaft für Bernburg u. Umg., e.G.m.b.H.
Größte Verbraucherorganisation im Kreise - 5000 Mit-
glieder - 24 Verkaufsstellen
Eigene Bäckerei, Fleischerei, Schrotmühle,
Käsefabrikerei, Kraut- und Garteneinlegeei 34594

E. Birtbold, Inhaber Willy Fuhs, Löbejün
Beste und billigste Bezugsquelle für Lebensmittel
Großes Lager i. Gewürzen, Säusen- u. Küchengeräten, Frühlingsfleisch, Fein, Herben
zu den billigsten Preisen 34603

Konsumverein Löbejün

Arbeiter, die auf ihren Bedarf nur im eigenen Geschäft!

Paul Behrendt, Könnern
Volkstraße 27
Kolonial-, Manufaktur- und Eisenwaren
Sausatzgegenstände, Fein 34587

Frei Deparade, Löbejün
Markt 6
H. Fleisch- und Wurstwaren 34614

Paul Brandenburg, Löbejün
Zahn- und Farbenspezialität
Beste billigste Bezugsquelle auch für alle
Kolonialwaren, Tabakwaren, Spirituosen
34602

Mind- u. Schweinefleischerei
Franz Zeising, Könnern
Könnern, Heilige-Geist-Straße 11
Täglich: Feinste Fleisch- und Wurstwaren 34599

Uhren, Gold- und Silberwaren
Reparaturen
lauber und Preiswerk
Alfred Wenzel
Neiden der Kohl 38313

Das richtigste Geschäft
für Einkauf von neuen und gebrauchten
Möbeln jeder Art
Carl Balthard, Neb. Galtz, "Aster-Etage"
38314

Gasthof „Stadt Leipzig“
Feiner Otto Euge
318
Büfetes Verkehrslokal am Plage
:: Vereinszimmer und Fremdenzimmer ::
38315

Referiert

Ella Heibel, Bismarckstr. 6
Kolonialwaren
38327

Obst - Gemüse - Delikatessen
hauslich hergestellte Warenwaren
Anlauf von allen Sorten Fein 38329

Referiert

Uhrer - Goldwaren
Gehörschellen
Schmuckartikel
kann Sie unter Garantie be-
sonders billig und gut bei
Uhrer-Gendler, Merseburg
Rohmarkt 15 (Ecke Windberg) 38328

Wahlberä

August Weiße, Carl Weile
Wühlberg
Wühlberg :: Halle :: Mägen :: Herrenartikel 38387

Wahlberä

Wahlberä
Wahlberä
38389

Wahlberä
Wahlberä
38388

Paul Säcker, Könnern
Halleische Straße 38
Herren- und Knabenanzüge
Arbeitsbekleidung, Hüte, Mägen
Pelzwaren, sämtl. Herrenartikel 34585

Modewaren- u. Konfektionshaus
G. V. Scherwitz
Könnern, Halleische Straße 4
Herbst 1899
Arbeitsbekleidung jeder Art 34590

Otto Lederbogen
Könnern, Heilige-Geist-Str. 15
Kolonial-, Kurz- und Eisenwaren
Wirtschaftsgegenstände 34592

Reh-Schlächtere und Restauration
Willy Knödel / Wilsden, Hüthner 2
Str. 2
34599

Referiert

F. Ang. Komann
Nollich
Gießhölzchen Nr. 6
Kolonial- u. Eisenwaren
Könntern 34670

Drogerie
Marin Schiebel
Nollich, Markt 2
Garten-Communion-
Benzine 34605

Schuhmacherhaus
Hust. Müller, Nollich
Schulze
Uhr- und
Reparatur-Geschäft
34578

Herren- u. Knaben-
Konfektion
Werkstätten
W. Knödel
Randsberg
Leipziger Str. 12
34575

Modernes Lichtspielhaus
Aaleben
Vorführung nur erstklassiger Filme
Jede Woche Programmwechsel 34590

Schuhhaus N. Pfeiffer
Aaleben, Burgstraße 31
Billigste Bezugsquelle für
Schuhwaren jeder Art 34583

Mag. Pöschel, Landsberg, Tel. 369
Mind- u. Schweinefleischerei
Kolonial- u. Eisenwaren
Jeden Dienstag und Freitag Schlachtfest
34579

Referiert

Wagenhaus Mölling, Landsberg, Neuseburg-Str. 7
Jahres- und Reparaturarbeiten
Reparaturwerkstatt für sämtliche
Scheine und Speisegeräte
34573

Mind- und Schweinefleischerei
Paul Müller
Landsberg, Merseburger Str. 89
H. Fleisch- und Wurstwaren
Jeden Dienstag und Freitag Schlachtfest
34574

Lügen

Fritz Rabe, Wilhelmstr. 26
Kolonial- u. Materialwaren
Zigaretten * Zigaretten * Tabake
38312

Kaufe Eure
Kohlen bei
Ernst Franke
Kohlenhandlung, Rosenthal 1a.
38310

Fahrräder: Motorräder: Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt
Mag. U. Leucht, nur Schloßstr. 15
38316

Schuhwerkstatt Karl Koch
normals Reichelt, Friedstraße 3
Schuhwaren jeder Art: Reparaturwerkstatt
38308

Curt Böhmann, Prot., Weh- u. Fein-
bäckerei Schloßstr. 12
38307

Referiert

Arthur Rohmer, Theissen
Kolonial-, Kurz- u. Wollwaren
Tabakwaren-Spezialgeschäft 38325

Karl Fischer, Theissen, Zeitzer Str. 5
H. Fleisch- und Wurstwaren 38384

Referiert

Butter, Käse und Fettwaren
kaufen Sie am besten und freizrich
bet.

F. & G. Höppner
Wahlberä bei Zeitz 34771

Molkerei Niemberg
e. G. m. b. H.
Halle a. d. S., Lindenstr. 52, Tel. 224.6
Erfolgreichstes Hofmilch- u. Käse- u.
Eisfabrikations- u. Verarbeitungs-
Betrieb
Jeden Freitag = Kino = Vorstellung =
34662

Erstklass. Molkereiprodukte
Im Stadtgebiet Halle 8 Zillalen
34655

Molkerei Süd, Halle a.S.
Tel. 22668 u. 2892, Rudolf-Hagen-Str. 55
34657

Otto Köhler, Halle a. d. S., Teichstr. 23
Seit 1888 liefert mit aller Betrieb
Kolonialwaren, H. Haushaltswaren
Jeden Dienstag und Freitag Schlachtfest
34576

Gasthof Wörmlich, Mauerstraße 2
Inh.: H. Kaufmann
- Verkehrslokal aller Genossen -
34727

Referiert

Bernh. Hütter
Kolonialwaren, Hüte
u. Bekleidungs-
waren, Unter-
wuschgewand Str. 7
34590

Schuhhaus
D. Grabe
Könnern,
H. Feinbrot-
34584

Gast- und
Logierhaus
mit eigener
Fleischerei
Paul Müller
Könnern, Burgstr. 2-3
34583

Tabakwaren
Schokoladen
Kakao, Fein
Zuckerwaren
kauft Sie billig bei
G. Redow
Halle, Markt 24
34582

Referiert

Ang. Kautler
u. Kautler
Leipziger Str. 10
Schuhwaren
Woll- u. Schmirgeler
34577

Karl Hartmann
Könnern, Saalestr. 1
Friseurgeschäft 34592

Referiert

Adolf Schwarzer
Bäckerei, Kornstraße
Café
Dr. Zeitz-Str. 7
38320

Referiert

Otto Gude
Wühlbergstraße 15
Spezialgeschäft
für Tabakwaren
und Spirituosen
38390

Referiert

Uhrer, Goldwaren
preiswert bei
Adolf Kadon
Reparaturen (sa-
gemäßig und billig)
Theissen, Hauptstr. 8
38398

Referiert

Uhrer, Goldwaren
Reparaturen
Preiswert bei
Adolf Kadon
Reparaturen (sa-
gemäßig und billig)
Theissen, Hauptstr. 8
38398

Referiert

Lichtspiele
Zentralhalle
Leitiger Paul Schäfer
Schönstes u. größtes Licht-
spielhaus im Kreise Zeitz
Nur ganz
erklärt. Darbietungen
Varietés-Einlagen
38302

Referiert

Sanitäts-Molkerei
Fischer Straße 34
empfehlen
erstklassige Molkerei-Produkte
38289

Gemeinschaftliche Kolonien
Inhaber W. Kamitz
Erfolgreichstes Hofmilch- u. Käse- u.
Eisfabrikations- u. Verarbeitungs-
Betrieb
Jeden Freitag = Kino = Vorstellung =
34662

Fritz Brose, Roitzsch
Krautzstraße 4
Manufaktur- und Kurzwaren, Arbeiter-
Geräte, Säusen- und Küchengeräte
sowie Kolonialwaren 34658

Ernst Curt Lange, Roitzsch
Kolonialwaren, Klebwaren, Hüte
Feinloft, Weine, Kaffee, Tee, Schoko-
lade, Zuckerwaren, H. Wurstwaren
Telephon 39 Telephon 39 34651

Willy Hennig, Roitzsch
Krautzstraße 24
Kolonialwaren, Klebwaren, Bekleidungs-
Spezialität = Selbstgebackener Kaffee =
34683

W. Rauchhut, Roitzsch
Delikatessen
Kurz- und Wollwaren
Bettfedern, Dampfheizung 34667

Referiert

Karl Mehnert, Zeitz
H. Feinbrot-
34574

Alfred Hennke, Zeitz
Wahlstr. 57
Anfertigung und Lieferung
von Möbeln aller Art 34571

Gustav Krieg, Zeitz
Markt 13
Korbmöbel und Holzwaren
Teilsatzung gefasst 34576

Paul Strich, Fleischmarkt, Zeitz
pr. und Fein- u. Wurstwaren
Große Ritterstraße 13
34579

E. S. Berger
Breslauer Markt 19
empf. sämtl. Kolonialwaren 34610

Carl Böttner
Breslauer Markt 17
Brot-, Weiß-
u. Feinbäckerei 34570

Kern Kratzenberg
Breslauer Markt 1
Lebensmittel
u. Hauswaren 34577

Referiert

Schuhwaren Haus
Reinhold Götzer
Breslauer Markt 31a.
Bühnenstraße 31a. 34576

Referiert

Kaufe Sie Strümpfe nur bei
Strumpf-Wöchl
Neumarktstraße 3 38393

Zimmisch, Schützenstraße 2
Spezialität für
Herren- und Knaben-Bekleidung
38382

Mellow & Waldschmidt
Telephon 211 Zeitz Kramersstr. 19/21
Größtes Warenhaus am Plage
Alle täglichen Bedarfsartikel zu billigsten Preisen

Radio-Boigt
Schützenstr. 21. Spezial. Einzelteile
38390

Metropol-Theater
Das Theater für jedermann
Dienstags und Freitags
Programmwechsel
38395

Referiert

Alle Sorten nur besser
Schuh-
waren empfiehlt preiswert
in größter Auswahl
Zeiger Schuhhaus
G. Balthard, Kramersstr. 5/6
Magerstr.: Reparaturen
38391

Referiert

Neur. Zur Schuhmacherherberge
empfehlen
keine Lokaltäten
38305

Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen
Sprachapparate, Leichtgitarren, Saalorgeln
Otto Sommer, Reichstr. 2
Reparaturarbeiten 34579

Alfred Schulze
Kolonial-
u. Eisenwaren
Feinbrot-
34681

Frieda Peterion, Roitzsch
Bäckerei, Kolonialwaren, Feinbrot-
Brotwaren, sämtliche Schlagschokolade
34684

Jeden Dienstag und Freitag
blutfrischen Feisch
in
Eisbaker Frau Wm. C. Zeising, Könnern
34680

Franz Bahr, Könnern
Tel. 14
Große Feinbrot-
Kaffee- und Sportartikel
Anfertigung sämtlicher Polstermöbel
34682

Kurt Greiner, Könnern
Richt-
empfiehlt Kolonialwaren, Spirituosen, sämtl.
Gehausatzgegenstände, Geheimnisse
34569

Restaurat
Schützenhaus
Zeitz
34581

Fahrradhandlung
Schulze
u. Brannenbanten
Robert Brandt
Zeitz, Rotes Meer 12
34580

Albert Schulze
Kolonial- u.
Eisenwaren
3807b, Lange Str. 45
34574

Haus-, Möbellschlerei
u. Glaser
Richard Staub
Zeitz
34572

empfehlen
in reichhaltiger Auswahl
Arthur Albrecht
Zeitz, Lange Str. 20
34578

Fleischerei
Paul Schulze
Zeitz
Gr. Ritterstraße 31
34577

Schuhhaus
Carl Frenzel
Zeitz
Kurze Straße 20
34569

Bäckerei Weingeil
Breslauer Markt 11
Brot- u. Feinbrot
Bäckerei 34594

Referiert

Konsum- u. Produktiv-Berein zu Zeitz, e. G. m. b. H.
Eigene Bäckerei, Eigene Fleischerei, Eigene Snorkasse, Eigene Versicherungs-
abteilung - Genossenschaftler, deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft! 38384

Förderung

Kaufe Eure
Kohlen bei
Ernst Franke
Kohlenhandlung, Rosenthal 1a.
38310

Fahrräder: Motorräder: Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt
Mag. U. Leucht, nur Schloßstr. 15
38316

Schuhwerkstatt Karl Koch
normals Reichelt, Friedstraße 3
Schuhwaren jeder Art: Reparaturwerkstatt
38308

Curt Böhmann, Prot., Weh- u. Fein-
bäckerei Schloßstr. 12
38307

Referiert

Arthur Rohmer, Theissen
Kolonial-, Kurz- u. Wollwaren
Tabakwaren-Spezialgeschäft 38325

Karl Fischer, Theissen, Zeitzer Str. 5
H. Fleisch- und Wurstwaren 38384

Referiert

Butter, Käse und Fettwaren
kaufen Sie am besten und freizrich
bet.

F. & G. Höppner
Wahlberä bei Zeitz 34771

Referiert

Lichtspiele
Zentralhalle
Leitiger Paul Schäfer
Schönstes u. größtes Licht-
spielhaus im Kreise Zeitz
Nur ganz
erklärt. Darbietungen
Varietés-Einlagen
38302

Sanitäts-Molkerei
Fischer Straße 34
empfehlen
erstklassige Molkerei-Produkte
38289

Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen
Sprachapparate, Leichtgitarren, Saalorgeln
Otto Sommer, Reichstr. 2
Reparaturarbeiten 34579

Alfred Schulze
Kolonial-
u. Eisenwaren
Feinbrot-
34681

Frieda Peterion, Roitzsch
Bäckerei, Kolonialwaren, Feinbrot-
Brotwaren, sämtliche Schlagschokolade
34684

Jeden Dienstag und Freitag
blutfrischen Feisch
in
Eisbaker Frau Wm. C. Zeising, Könnern
34680

Franz Bahr, Könnern
Tel. 14
Große Feinbrot-
Kaffee- und Sportartikel
Anfertigung sämtlicher Polstermöbel
34682

Kurt Greiner, Könnern
Richt-
empfiehlt Kolonialwaren, Spirituosen, sämtl.
Gehausatzgegenstände, Geheimnisse
34569

Restaurat
Schützenhaus
Zeitz
34581

Fahrradhandlung
Schulze
u. Brannenbanten
Robert Brandt
Zeitz, Rotes Meer 12
34580

Albert Schulze
Kolonial- u.
Eisenwaren
3807b, Lange Str. 45
34574

Haus-, Möbellschlerei
u. Glaser
Richard Staub
Zeitz
34572

empfehlen
in reichhaltiger Auswahl
Arthur Albrecht
Zeitz, Lange Str. 20
34578

Fleischerei
Paul Schulze
Zeitz
Gr. Ritterstraße 31
34577

Schuhhaus
Carl Frenzel
Zeitz
Kurze Straße 20
34569

Bäckerei Weingeil
Breslauer Markt 11
Brot- u. Feinbrot
Bäckerei 34594

Referiert

Konsum- u. Produktiv-Berein zu Zeitz, e. G. m. b. H.
Eigene Bäckerei, Eigene Fleischerei, Eigene Snorkasse, Eigene Versicherungs-
abteilung - Genossenschaftler, deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft! 38384

Förderung

Kaufe Eure
Kohlen bei
Ernst Franke
Kohlenhandlung, Rosenthal 1a.
38310

Fahrräder: Motorräder: Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt
Mag. U. Leucht, nur Schloßstr. 15
38316

Schuhwerkstatt Karl Koch
normals Reichelt, Friedstraße 3
Schuhwaren jeder Art: Reparaturwerkstatt
38308

Curt Böhmann, Prot., Weh- u. Fein-
bäckerei Schloßstr. 12
38307

Referiert

Arthur Rohmer, Theissen
Kolonial-, Kurz- u. Wollwaren
Tabakwaren-Spezialgeschäft 38325

Karl Fischer, Theissen, Zeitzer Str. 5
H. Fleisch- und Wurstwaren 38384

Referiert

Butter, Käse und Fettwaren
kaufen Sie am besten und freizrich
bet.

F. & G. Höppner
Wahlberä bei Zeitz 34771

Referiert

Lichtspiele
Zentralhalle
Leitiger Paul Schäfer
Schönstes u. größtes Licht-
spielhaus im Kreise Zeitz
Nur ganz
erklärt. Darbietungen
Varietés-Einlagen
38302

Sanitäts-Molkerei
Fischer Straße 34
empfehlen
erstklassige Molkerei-Produkte
38289



ANS DEN · Betrieb betrieben

Zur Betriebsratswahl Kämpft um die Betriebsräte!

Der Bundesvorstand des DGB, fordert die Arbeiterschaft in einem Aufruf auf, die diesjährige Neuwahl der Betriebsräte in der zweiten Februar-März durchzuführen.

Die Betriebsräte sind im Rahmen eines weiteren Vorstoßes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Die Bildung der offenen Bürgerblock-Regierung leitet eine weitere Etappe der Jurisdiktion und Wiederbildung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten ein. Das Wachstum des Unternehmertums ist weiter gemacht, seine brutale Natur wird unerschütterlich für die Betriebsräte und die Arbeiter und Angehörigen. Im Kampf gegen die verfeindete Reaktion auf allen Gebieten sollen den Betriebsräten wichtige Aufgaben zu. Die Betriebsratswahlen sind deshalb von größter Bedeutung.

Im Aufruf des DGB, zu den Betriebsratswahlen wird die Bildung der Regierung der Sozialisten, Kräfte und Klassen, und die verfeindete Unternehmertum nicht einmal erwähnt. Darin kommt die ganze Einstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Partei zu den Betriebsräten zum Ausdruck, welche von ihnen lediglich als Faktoren zur praktischen Durchführung der Arbeiterschaftspolitik betrachtet werden, die sich nicht mit Politik und proletarischem Klassenkampf zu befähigen haben.

Die kommunistische Partei sieht dagegen in den Betriebsräten wichtige Organe, und Funktionen des proletarischen Klassenkampfes. Die Betriebsräte sind die wichtigsten Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben. Darüber hinaus sind sie die Vertretung der gesamten Arbeiterschaft einschließlich der noch gewerkschaftlich unorganisierten in den Betrieben. Lokal, Industrie- und zentral, ja sogar in einem Staat, können die Betriebsräte gerade auch in der Zeit der verfeindeten Unternehmertum ein mächtiger Faktor des proletarischen Klassenkampfes sein. Am gefährlichsten für die Arbeiterschaft ist die Zusammenfassung der Betriebe durch das Unternehmertum wird die Zusammenfassung und das geschlossene Auftreten der Betriebsräte immer mehr zu einer Bedrohung für die Arbeiterschaft als Organ der Arbeiterklasse. Sollen die Betriebsräte nicht zu hilflosen Gebilden herabsinken, dann müssen sie zusammengeführt werden und geschlossen auftreten. Die kommunistische Partei tritt deshalb für die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften ein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dagegen haben alles getan, was früher an zentraler und lokaler Zusammenfassung der Betriebsräte bestand und kämpfen gegen jede selbständige Regelung der Betriebsräte.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik ist faktisch eine Unterfütterung der Unternehmertum gegen die Rechte der Betriebsräte. Kein Klassenbewußter Arbeiter kann sich deshalb bei der Kandidatenausschreibung für einen Kandidaten entscheiden, welcher auf dem Boden der reformistischen Gewerkschaftspolitik steht.

Bei der Auffassung der Kandidaten für die Betriebsratswahlen in den freigewerkschaftlichen Funktionär- und Mitarbeiter-Ausschüssen der Betriebe gilt es zu entscheiden nach der Stellungnahme der Kollegen zu den wichtigsten Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes. Nur solche Kollegen sollten zu Betriebsräten gewählt werden, welche sich einseitig und klar in allen Fragen gegen jede Arbeiterschaftspolitik entschieden. Die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft sind:

Für einen wirtlichen Klassenkampf um den Achtstundentag und die Achtstundentag im Bergbau ohne „Ausnahmen“ gegen parlamentarische Verhandlungsmandate mit dieser wichtigen Forderung der Arbeiterschaft.

Gegen die Unterordnung unter den kapitalistischen Schlichtungsorganen, welche die Aufgabe des Streikrechtes durch die Gewerkschaften bedingt. Für erste Kämpfe um Erhöhung der Löhne. Gegen Vergrößerung der Spanne zwischen Löhnen der getrennten Arbeiter, Angelernten und Frauen. Gleiches Ziel für gleiche Zeitungen.

Für Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften, regelmäßige Betriebsratssitzungen usw. Selbsttätigkeit der Betriebsräte auf diesem Gebiet.

Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.

Kampf gegen die Ausplünderung des Proletariats durch die kapitalistische Nationalisierung.

Für die Erhöhung der Unterstützung der Erwerbslosen um 40 Prozent und Befreiung der gemeinsamen Front der Erwerbslosen und Arbeiter und Angestellten im Betrieb.

triebe. Für die Zusammenfassung der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften.

Für die Feststellung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit!

Die Kommunisten und die mit der kommunistischen Partei sympathisierenden Kollegen kandidieren auch in diesem Jahr nur auf freigewerkschaftlichen Listen. Sie kämpfen in den freigewerkschaftlichen Funktionär- und Mitarbeiter-Ausschüssen der Betriebe darum, daß nur Kollegen zu Betriebsräten gewählt werden, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und der obigen Forderungen stehen. Darüber hinaus muß auch der Gesamtbetriebsrat in einer allgemeinen Betriebsratssitzung Gelegenheit gegeben werden, zu der freigewerkschaftlichen Liste für die Betriebsratswahl Stellung zu nehmen. Ein bekannter Betriebsratler des oben genannten Betriebs und Angestellten für die Gewerkschaften interessiert und gewonnen werden.

Für die Betriebsratswahlen 1927 gilt die Parole:
Wählt nur Klassenbewußte, revolutionäre Betriebsräte!

Zentralkomitee der APD, Gewerkschafts-Abteilung.

Aus den Hohenleipziger Tonwarenbetrieben

(Arbeiterkorrespondenz)

Wenn wir uns in diesem Artikel mit den Mühlentopfabriken unseres Ortes beschäftigen, so wollen wir den Belegschaften an Hand dieser Zeilen begreiflich machen, wie der Kampf um eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu führen ist.

Die Firma vorm. Starke & Münch, jetziger Besitzer Greißel, kündigt am 1. Februar der Belegschaft zum 15. Februar. Wie wir oben jetzt erfahren haben ist die Kündigung zurückgezogen worden. Warum wurde überhaupt die Kündigung ausgesprochen? Scheinbar will man den Matthes, den ursprünglichen Gründer der Firma, der schon Jäh und Gut verloren hat, um

die Restausgabe von 65 000 Mark

bringen, die er noch auf dem Betriebe stehen hat, und zwar seit 1917, als Starke & Münch den Betrieb für 22 000 Mark kaufte. Laut Gesetz können nun Restausgaben von bis zu 100 Prozent aufgemerkt werden. Die Aufzeichnung heute, es nach anderer Meinung, dem jetzigen Besitzer Greißel angest, und unsere Vermutung geht nicht fehl, daß er der Belegschaft nur kündigte, um eine schädliche wirtschaftliche Lage vorzutäuschen. Es fand eine Verhandlung zwischen Greißel und Matthes statt, die sich um die Restausgabe drehte. Greißel bot 40 000 Mark in dieser Verhandlung, der ganze Betrieb ist nur 30 000 Mark wert. Wenn man bedenkt, daß allein auf dem Lagerplatz für mindestens 30 000 Mark Waren ruhen, so kann man das Verhalten des Unternehmers Greißel leicht durchschauen. Eine Gerichtsschlichtung ist in der nächsten Zeit festzulegen, wird natürlich die letzten Aufforderungen bringen.

Man zu den „hohen“ Löhnen, die hier gezahlt werden. Im Durchschnitt beträgt ein Hohenlohn 25 Mark.

Da ist es kein Wunder, daß diese noble Firma im Jahre 1924 bei nur 25 bis 30 Mann Belegschaft einen
Reingewinn von 24 000 Mark
machte. Bemerkenswert sei, daß die Arbeiter im Afford schufen mußten, wenn sie diese lumpigen 25 Mark verdienen wollten. Die Herren von der Braunhölle haben für solche Kritiken eine besonders gute Nahe, und darum bemühen sie sich, wie wir oben hören, das Wert normals Starke & Münch zu tunen. Ein bekannter Betriebsratler des oben genannten Betriebs und Angestellten für die Gewerkschaften interessiert und gewonnen werden.

Auch diese Firma hat es verstanden, durch solche Löhne und gute Lage ein hübsches Kapital anzuhäufen. Die Löhne der Dreher betragen im Afford 25 bis 30 Mark wöchentlich;

die Tagelöhner erhalten 20 Mark

pro Woche. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden täglich. Nicht einmal mittags wird richtige Kost gemacht. Da wir mit 8. Ton herangeholt, um dann, wenn der Betrieb nach der Mühlentopfabriken in Gang kommt, weiter schalten zu können. Krüger & Roe jun. haben den ganzen Tag umher, als wenn sie Gefangene befehlen müßten. Es wird endlich Zeit, daß sich die Arbeiter dieser Firma das alles durch den Kopf gehen lassen und sich ihrer schändlichen Klassenlage bewußt werden.

Die Betriebsratswahlen sind vorgenommen worden. Die erste Aufgabe der neuen Betriebsräte muß es sein, die Betriebsratsgewalt der freien Gewerkschaft zuzuführen, um Lohn- und Arbeitszeitkämpfe einheitlich führen zu können.

Nicht das Batterien mit den Unternehmern wird Euch nützen! Wenn Ihr seht!

zum Geburtstag Eures Unternehmers

singt und ihm ein noch größeres Bild schenkt, als es das letzte gewesen ist, und von Eurem Lohn statt 80 Pf. Euch eine Mark a Bushungert, werdet Ihr seine Verherrlichung Eurem wirtschaftlichen Wohlergehen. In einzelnen Betrieben merkt Ihr es ja, daß Ihr nur so lange angehen seid, wie Ihr für den Hundelohn schmeißt. Es kann und darf jene Einzelstunde geben mit den Unternehmern, die unter natürlichen Umständen, der danach trachtet, uns so schlecht wie möglich zu bezahlen. Nicht die letzte neue Konjunktur Eurer Firma aus! Die Schuppen sind leer, der Absatz ist groß. Die Firma beabsichtigt, die Arbeitszeit zu vergrößern. Da fordert unbedingt höhere Löhne und Achtstundentag und Einreihung der Erwerbslosen auch in die Fabrik. Eine mindestens prozentuale Lohnforderung müßt Ihr unter Führung der Gewerkschaften und Eurer Betriebsräte durchsetzen. Das wird Euch leichter fallen, wie der Arbeiterschaft in manchem anderen Betrieb.

Zusammenschließen, Kollegen, und eine einzige Front gebildet gegen die Unternehme!

Ueber die Mühlentopfabrik

auf dem Flugplatz Schefwitz.

erhalten wir noch folgende Zuschrift:

Es ist wahr, daß hier etwa 300 Arbeiter beschäftigt werden. Aber unklar ist, daß sich keine gewerkschaftliche Organisation um die Lohn- und Arbeitsbedingungen gekümmert hätte. Die Belegschaft Leipzig mit dem Namen der Zohlfeldsche Schießerei ist bereits nebenmal an Ort und Stelle gewesen und hat mit den Firmen sowie mit den Kollegen verhandelt. Die Kollegen von Halle und Umgegend haben uns mehrmals erklärt, daß sie auf unsere in Schefwitz bestehenden Abmachungen pfeifen. Es kann uns viel Mühe gekostet, daß die hallischen Kollegen unsere Arbeitszeit einhalten. Bei einigen Firmen ist das jetzt erreicht, aber noch immer nicht bei allen.

Wir bedauern es, daß viele Kollegen gewerkschaftlich teilweise noch recht zurückständig sind. Viele Inorganisierte kommen aus dem Osten, wie Halle und umgegend, und sind nicht zu gewinnen. Sie kann es möglich sein, daß heute noch unorganisierte Arbeiter am Bau beschäftigt und gelitten werden? Diejenigen Kollegen muß man eine organisierte und sich keine Arbeitergröße, dann ist auch der feiner geschulten, und so ein wenig man nicht, uns die W. bevorzugen.

Firma Reil und Böder

(Leuna-Korrespondenz)

Daß in Leuna ein ganz raffiniertes Antirevolutionsmittel besteht, ist allgemein bekannt. Daß sich dieses System auch auf die Hohenlohn- und die Kollegen anzuwenden, zeigt sich bei August Gubisch. Gubisch hat in Leuna ein Geschäft, das er mit nicht geringem Erfolg, wie die „Betrine“ nennt! Aber wieviel sind die Arbeiter selbst schuld, daß sie es nicht so einem „August“ solche Redensarten an den Hals werfen. So denkt er, daß er den Arbeitern alles bieten kann. SF organisiert und hat keine Arbeitergröße, dann ist auch der feiner geschulten, und so ein wenig man nicht, uns die W. bevorzugen.

Arbeiter-Selbstbildungsecke

Industrielle Reservearmee und Ueberbevölkerung

Der Begriff der industriellen Reservearmee

Woh! vielen Arbeitern ist das Wort „industrielle Reservearmee“ oder einfach „Reservearmee des Kapitals“ in Zeitungsartikeln oder in Reden begegnet. Und hat mancher Arbeiter nichts davon gehört, so hat er sicherlich die wirtliche Bedeutung dieses Wortes am eigenen Leibe gemerkt, wenn er sich selbst als einen kapitalistischen Betrieb auf der Arbeiterliste gefunden und in der Arme der Arbeitslosen eingereiht wurde. Jeder Arbeiter ist gleichsam von Beruf ein Kandidat oder ein Rekrut der industriellen Reservearmee, und daß er es ist, das wird ihm durch die Arbeitslosigkeit, die ihm jetzt täglich und unabweisbar als je zuvor bevorsteht, oder bereits durch die Gefahr und sein Wohl und Kind daran eingeleitet. Gerade im letzten Abschnitt der kapitalistischen „Entwicklung“ ist daher die Erkenntnis der allgemeinen Gründe der Arbeitslosigkeit mehr als je für jeden Klassenbewußten Arbeiter notwendig, die Voraussetzung hierfür aber ein Verständnis der Gesamtheit der Ursachen, die unter den marxistischen Begriff der industriellen Reservearmee zusammengefaßt werden.

Warum behandeln wir die Frage der industriellen Reservearmee an dieser Stelle?

In den vorhergehenden Selbstbildungsstunden haben wir das kapitalistische System von seinen unmittelbaren Seiten aus der nackten Beschaffenheit (durch Verdinglichung der Arbeiter, durch Verknüpfung an Arbeitslohn) zu Gesicht bekommen. Hier, wo wir die Arbeitslosigkeit als eine „normale Erscheinung“ des Kapitalismus unterrichten sollen, liegt die Sache etwas komplizierter. Das ist schon im Ausdruck „industrielle Reservearmee“ angedeutet, der bei der ersten Erwähnung des Begriffs eine gewisse Verwirrung über den ihm zu Grunde liegenden Begriff hervorruft, die Unklarheit der kapitalistischen „Ordnung“ im höchsten Maße aus. Und wer in den verworrenen „Mechanismus“ hineinblickt, wie der Kapitalismus unbedingt eine „Reservearmee“ erzeugen muß, um sich selbst zu erhalten, der wird die Fragen der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit, d. h. aber erkennen, welche tatsächliche Interessen Solidarität zwischen den Arbeitern im Betriebe und dem ungeschulten Seere der Arbeitslosen besteht.

Marxistische Erklärung der „Ueberbevölkerung von Arbeitern“

Wir Marxisten verstanden die bürgerlichen Ökonomen vergeblich die Ursache der sogenannten Ueberbevölkerung zu erklären. D. h. den Umfang, daß trotzdem immer mehr Kapital akkumuliert (angewandt) wird und somit immer mehr Gesamtkapital angewandt wird, die Beschäftigtenzahl der Arbeiter relativ (im Vergleich dazu) abnimmt, aber anderen Worten, beim allgemeinen Wachstum der Arbeiterbevölkerung überflüssige, überflüssige Bevölkerung von Arbeitern entsteht, die aber keine Verwendung für ihre Arbeitskräfte finden. Es ist Tatsache, daß, indem die Arbeiter immer mehr Kapital produzieren, sie gleichzeitig die Mittel zu ihrer eigenen Lebensunterhaltung, zu verlieren. Erst hat Marx nachgewiesen, daß, weil das Kapital in zwei

Bestandteile zerfällt, das sogenannte konstante (unveränderliche) Kapital und das variable (veränderliche) Kapital und mit der Entwicklung des Kapitalismus der erste (konstante) Teil stets stärker wächst, als der zweite (variable). Diese „Ueberbevölkerung von Arbeitern“, d. h. Arbeitslosigkeit, ist ein Gesetz des Kapitalismus. Um die „Ueberbevölkerung“ zu verstehen, müssen wir aber wissen, was konstantes und was variables Kapital ist und wie sich das Verhältnis von ihnen, die lösen. Zusammenfassung des Kapitals, beim Wachstum der kapitalistischen Produktion ändert. Die Antwort darauf finden wir sehr klar in Marx und Engels Ausführungen, auf die wir in weiteren Selbstbildungsstunden genauer eingehen werden. Haben wir uns erst mit dieser Frage auseinanderzusetzen, so werden wir auch die Frage der „industriellen Reservearmee“ voll und ganz verstehen. Für heute aber wollen wir eine erste allgemeine Vorstellung hervorheben. Wir werden finden, daß mit Vergrößerung der Maschinen immer mehr Arbeiter „überflüssig“ werden. Das ist der Fall, indem die Handarbeiter verdrängt werden. Und dieser Fall wiederholt sich noch in besonderem Maße, daß nicht bloß Handarbeiter verdrängt werden, wie es auf der ersten Seite der kapitalistischen Entwicklung die Regel war, sondern durch die Verbesserung und Verallgemeinerung der Maschinen die an den Maschinen beteiligten Arbeiter selbst überflüssig werden. Weil aber mit der Entwicklung der Technik, der Rationalisierung usw. dies immer mehr sich auswirkt, so wird nicht bloß eine vorübergehende Arbeitslosigkeit, sondern eine ständige bedingt insbesondere durch das Bestehen von Absatzmärkten, eine Notwendigkeit.

Was soll zu diesem Thema gelesen werden?

Für uns handelt es sich vor allem darum, die Ueberbevölkerungsmachung zunächst von Handarbeitern und dann von den an der Maschine beschäftigten Arbeitern zu verstehen. In großen Zügen ist das bei Engels „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wirklichkeit“ Seite 40 bis 42, dann auch mit „Mit der Erweiterung der Warenproduktion“ und schließlich mit (Seite 42) „am neuesten Walleröl!“ (siehe Elementarbücher des Kommunisten, Bino-Verlag) zu finden. Wie die Verdrängung des Arbeiters durch die Maschine zusammenhängt mit der Frage des Arbeitslohnens, wird bei Marx, vor allem in „Lohnarbeit und Kapital“ Seite 37 bis 40 oben, ebenfalls Elementarbücher des Kommunisten, beginnen mit den Worten „in demselben Maße“, und schließlich mit „und die Arme selbst werden immer magerer“. Und endlich, darüber wie das konstante Kapital im Verhältnis zum variablen Kapital wächst, ist nachzulesen bei Marx, „Lohn, Preis und Profit“, Seite 65 bis 66, beginnend mit „Derselbe Entwicklung“ und schließlich mit „abnehmendem Verhältnis zur Kapitalvermehrung“.

Kontrollfragen:

1. Was heißt „Ueberbevölkerung von Arbeitern“?
2. Wie wird die Reservearmee des Kapitals gebildet?
3. Steigt oder fällt mit der Entwicklung des Kapitalismus der Beschäftigtengrad der Arbeiter in demselben Maße, wie die Anwendung der W. in der Industrie?

*) Die Beantwortung der Fragen erfolgt an den „Brieftafeln der Selbstbildungssecke“ durch Vermittlung der zentralen Leitprop.



Aus der Provinz

Dr. „Leinabesler“ ist da
Dr. erische Brief an de Massn



Na hochd nur her, Ihr Maßfries-
den, ich will mich nur erischd mal voo-
schellen
Ich heße Todderdannebom und bin
in der Pallantenflaot Halle jezorn.

Na hochd nur her, Ihr Maßfries-
den, ich will mich nur erischd mal voo-
schellen
Ich heße Todderdannebom und bin
in der Pallantenflaot Halle jezorn.

Arbeiterkorrespondenten und „Klassenkampf“

Zellergebnis einer Rundfrage der Redaktion

Die Bedeutung der Vorbereitung unserer kommunikativen Presse
hat immer noch nicht der letzte Nachschuß bekommen.

Bisher erhielten wir erst von 64 Ortsgruppen die übermittelten
Fragebogen deamtoriert zurück.

Nach schliem wird das Verhältnis aber, wenn wir feststellen,
daß von 64 Orten nur 25 einen Berichtsfater für Gewer-
schaftliches und gar nur 10 Betriebskorrespondenten befigen.

Die Notwendigkeit einer planmäßigen Betriebszellenarbeit und
Betriebsberichterstattung
nach lange nicht genügend begriffen haben.

Gewiß haben wir aus viel mehr Orten als den angegebenen zehn
Betriebsberichte veröffentlicht, aber daß nur zehn Ortsgruppen uns
die Frage nach dem Vorkommen von Betriebskorrespondenten
mit Ja beantworteten, beweist treffend die angegebenen
Mängel.

Weshalb liegt es mit den Arbeiterphotographen und
mit der Einbindung von Polizeis, Arbeitsmarkt-
und sonstigen Berichten oder Statistiken der Behörden. Wir müssen un-
bedingt unseren „Klassenkampf“ viel mehr mit Bildern aus dem
Leben der Arbeiter in unserer Provinz ausgestatten.

Sehr interessant war es uns, daß von 64 Ortsgruppen 45
keine Wünsche oder Beschwern über den „Klassenkampf“
hatten und nur acht Ortsgruppen sich über die Verfürgung mancher
Berichte beklagten.

kennt, und erst dann das Kommentar, also die eigene Meinung
über die betreffende Angelegenheit anhängt.

Anschließend wollen wir noch mitteilen, daß der „Klassenkampf“
in den nächsten Tagen eine erhebliche Erweiterung erfahren
wird, die reiflos dem provinzialen Teil zugute kommen soll.

52 Orte haben Agitprop-Leiter:
12 Orte haben keinen Agitprop-Leiter:

48 Orte haben Berichtsfater für Kommunales:
16 Orte haben keinen Berichtsfater für Kommunales:

25 Orte haben Berichtsfater für Gewerkschaftliches:
30 Orte haben keinen Berichtsfater für Gewerkschaftliches:

10 Orte haben Betriebskorrespondenten:
54 Orte haben keinen Betriebskorrespondenten:

29 Orte haben Berichtsfater über die Gegner:
35 Orte haben keinen Berichtsfater über die Gegner:

3 Orte haben Arbeiterfotografen:
30 Orte haben keine Arbeiterfotografen:

5 Orte haben Polizei-, Arbeitsmarkt- und sonstige Berichte oder
Statistiken der Behörden:
59 Orte haben keine Berichte oder Statistiken der Behörden:

45 Ortsgruppen hatten keine Wünsche oder Beschwern über den
„Klassenkampf“:
8 Ortsgruppen klagten über verfürgte Berichte:

3 über unpünktliche Veröffentlichungen, 2 über nicht erschiene
Berichte, einer find die Inaltere zu teuer, einer anderen der
Abonnementpreis eine unangenehm hohe Aufzählungsartikel und
2 stellen ausdrücklich ihre Zufriedenheit mit der Aufmachung der
Zeitung fest.

Merseburg-Querfurt
Gegen Bürgerblutregiergung und Kriegsgefahr

Die Vertätigen Merseburgs haben am gestrigen Freitagabend
schädeliges Interesse bemessen für die wichtige Frage: „Bürger-
blutregiergung und die Gefahren erneuten Kriegermordes“, über die
der Genosse Wilhelm Roemer im „Voiel“ gesprochen hat.

Weißenfels-Naumburg-Zeig
Wie man mit erkrankten Kumpels umpringt

Ueber handöliche Zustände in dem Weißenfelder Krautkloster
berichtet uns ein Bergarbeiter aus Leuchern in folgender
Zuschrift:
Der Violet darf Krankengeld, Knappheitsbeiträge in schwin-
delhafte Höhe entrichten, damit die Direktoren der ReichsKnapp-
heitslösch sich aus dem Staub machen können.

Die Verwaltung der Halleischen Knappheit.

Was man mit den Kollegen
von der W.-M. macht, darf den von Riebecke W.-M. nicht
gekannt werden. Schon am Mittwoch, dem 16. Februar, taunten
alle Krankengeldbesitzer der Riebeckischen Montanwerke an der Kantine
auf der Grube Ramerod an, nachdem auch diese ein solches Schreiben
erhalten hatten.

Mansfeld-Sangerhausen

Leuchtkontroll. Nationale Kriegsbefehrer am Welt... Am 16. Februar fand in Schumanns Kathol eine öffentliche Versammlung statt...

Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Der schwarze Sonntag ist der neue russische Großfilm, hergestellt in historischer Treue von Goskino...

Wittenberg-Biederitz. Achtung, Genossen! schafftschützerei! Am Sonntag, dem 20. Februar, nachmittags 2 Uhr...

Arbeiter und Arbeiterinnen von Wittenberg verpackt nicht, heute abend um 8 Uhr im „Gewerkschaftsraum“ der Witterung...

Wittenberg. In dem Altona-Bildspielen läuft bis Sonntag ein Film mit dem Titel „Mensch“...

Aus der weiteren Umgebung

Der erste Verhandlungstag im Nordhäuser Güterdiensthauptprozess

Der erste Verhandlungstag des Nordhäuser Güterdiensthauptprozesses zeigte kein interessantes Gepräge. Der Hauptangeklagte Demopowicz verlegte sich bei seiner Vernehmung aufs Leugnen...

Das Urteil

Wie wir schon erfahren wurde, gestern abend gegen 7 Uhr das Urteil im Güterdiensthauptprozess gesprochen. Der Juristentrat war überflüssig und mit Spannung sah man dem Urteil entgegen...

Zeiker „linke“ SPD. mit den Hakenkreuzlern verbündet

Aus dem Stadtparlament - Ein schwarzer Tag in der Geschichte der Zeiker Arbeiter - Unerhörte Provokationen der SPD-Führer - Die Schandgeldstrafordnung gegen die Stimmen der SPD. angenommen

Wie tief die Zeiker SPD. in dem bürgerlichen Vorkriegsdenken ist, das bewies unter anderem die letzte Stadtratsordnungsung von Donnerstag. Wir immer noch die Hoffnung, daß die SPD-Führer, ganz gleich welcher Richtung, sich noch einmal bemühen und eine Botschaft im Interesse der freien Arbeiterbewegung senden...

Sitzungsbericht

Mit der Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnete der Vorsitzende Goldstein die Sitzung. Sodann bewies der brave Herr Vöfler gleichgültig seine Unfähigkeit gegenüber den Vorträgen...

Eine Ausdrucksfrage über diese Frage wird von der SPD. abgelehnt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten unsere Genossen den Punkt 10, der die Beschlußfassung über die neue Geldstrafordnung vorsieht, zu vertagen.

Und dieser Antrag wird durch schwarzrotgoldene Koalition abgelehnt.

Am Punkt 1 der Tagesordnung ergreift Genosse Bentkwich das Wort und weist auf die Mißstände im Polizeiwesen hin. Der Vortrager macht allerdings vergeblich immer wieder den Versuch unsere Genossen zu unterbrechen...

Im übrigen konnte Vöfler aber nichts gegen die Argumente unseres Genossen Bentkwich vorbringen. Er mußte abgeben, daß die Beamten zwölf Stunden Dienst verrichten müssen.

Der zweite Punkt brachte die dringende Frage der Vertagung der Sitzung. Es handelt sich um die Annahme oder Ablehnung einer neuen Geldstrafordnung...

Die nächsten Tagesordnungspunkte von 2 bis 9 finden ohne sonderliche Debatte ihre Erledigung.

Der dritte Punkt brachte die dringende Frage der Vertagung der Sitzung. Es handelt sich um die Annahme oder Ablehnung einer neuen Geldstrafordnung...

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

Genosse Bentkwich zeigt dann auch treffend den Unterschied zwischen der alten und der neuen Geldstrafordnung, die in jeder Beziehung die Handhaben des traflersten Terror der Bürgerlichen gegen die Arbeitervertreter in sich birgt.

daß diese Geldstrafordnung nur darum den besondern Zeiker der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten faßet, weil mit ihr die Möglichkeit gegeben wird, die kommunikativen Vertreter vollkommen auszusperren und rechtmäßig zu machen.

Sierbei bedenten die linken Sozialdemokraten nicht, wie leicht sich diese Geldstrafordnung auch einmal gegen sie selbst auswirken kann, wenn das Bürgerturn ihrer Bittstellen nicht mehr bedarf.

Diese Geldstrafordnung wird von der kommunikativen Fraktion einstimmig abgelehnt.

Goldstein vernachlässigt sich hierauf gegen die (aber beschützten) Angriffe unseres Genossen. Vor allem liegt ihm daran, festzustellen, daß er die Geldstrafordnung nicht als „muttergütig“ bezeichnet habe. Der Bürgerliche Vöfler kommt ihm hierbei zu Hilfe und meint, daß Goldstein nicht das Wort „muttergütig“ sondern „Mutter-Geldstrafordnung“ gebraucht habe.

Als noch mehrere unserer Genossen zu diesem Punkte sprechen wollen, ist es diesmal Herr Müller, der versucht, jede weitere Ausdrucksfrage abzumitzen und meckert empfindlich, die Geldstrafordnung in bloc anzunehmen. Der Beschluß muß sich aber beschließen lassen, daß sein Vorschlag nicht distastabel sei.

Als nun zum Schluß der ganze Geldstrafordnungsplunder unter Dach und Fach gebracht war, fand sich niemand, der das Schanddokument unterzeichnen wollte. Auch hier blieb es dem SPD. Mann Vöfler vorbehalten, den Bürgerlichen diesen Preis zu erweisen. Wie lange diese Unfähigkeit des Schanddokumentieren wird, das hängt allerdings von der Willkür der arbeitenden Massen ab.

Die „Mutter-Geldstrafordnung“ wird dann in allen Teilen von den Sozialdemokraten bis zu den Hakenkreuzern angenommen. Nur die kommunikativen Fraktion stimmte dagegen.

Endlich gegen 11 Uhr hat man die Sitzung unter Dach und Fach gebracht. Man hätte die Sozialdemokraten ordentlich bestraft müssen. Einen solchen schweren Tag haben sie selten gehabt.

Es fehlt nur noch die Unterfertigung unter das Schanddokument. Es fehlt nur noch die Unterfertigung unter das Schanddokument. Es fehlt nur noch die Unterfertigung unter das Schanddokument.

Trag aller Terrors hat die Sitzung insofern einen Erfolg für uns, als viele sozialdemokratische Arbeiter erkennen werden, was sie von ihren „linken“ (BSP-) Führern zu halten haben. An den Genossen liegt es, nun nachzulassen und sich mit ihren sozialdemokratischen Kollegen über die arbeitereindliche Einstellung der „linken“ Führer auszusprechen. Nicht einseitiger Arbeiter wird diese Einstellung der Zeiker SPD-Führer billigen.

Schach-Cor

Chessboard diagram with pieces and text: Schach-Cor, Schach-Cor, Schach-Cor. Includes a list of chess moves and a small diagram of a chessboard.

- 1. d2-e4 e7-e5 13. Ta1-e1 h7-h5
2. L2-f4 e5xf4 14. L14x6 b4x3
3. S1-f3 e4-d5 15. L14x6 e7 d8x7
4. L11-c4 f5-g4 16. L4-e5
5. d2-d4 d4x3 17. D11-c3
6. D11-c3 d3-d6 18. e6-e6
7. 0-0 Lc8-e6
8. d4-d5 Lc6-e8
9. Lc1-f4 Dd8-e7
10. e4-e5 Dd7-e4
11. D13-c3 Lf8-e7
12. e5xd6 e7xd6

Sonntag, den 20. Februar, auf dem Minerva-Sportplatz am Stadion Handball-Auswahlspiele A gegen B Sportler 3 Uhr. Eintritt 30 Pf., Jugendliche und Erwerbslose 20 Pf., Schüler 10 Pf.

Handball. Raabens 1. Jugend - Bittelshain 1. Jugend 3:0 Raabens 2. gegen Bittelshain 1. 1:1 Raabens 1. gegen Bittelshain 1. 3:2 Raabens 2. gegen Bittelshain 1. 1:2 Raabens 1. - Bittelshain 1. 1:1:6.

Sportklub Wittenberg von 1895. SPD. Am Sonnabend, 19. Februar, hält unser Klubabend im Zeiker im Bitterfeld. Es werden folgende Spiele abgehalten: Raabens 1. gegen Bittelshain 1. 1:1 Raabens 2. gegen Bittelshain 1. 3:2 Raabens 1. gegen Bittelshain 1. 1:1 Raabens 1. gegen Bittelshain 1. 1:1:6.

Handball. Raabens 1. gegen Bittelshain 1. Jugend 3:0 Raabens 2. gegen Bittelshain 1. 1:1 Raabens 1. gegen Bittelshain 1. 3:2 Raabens 2. gegen Bittelshain 1. 1:2 Raabens 1. - Bittelshain 1. 1:1:6.



Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Klassenkampf erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,80 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Gewerkschaftsbüro für den Bezirk Halle-Merseburg e. V., Halle, Verdenstedtstraße 14.

Einzelpreis: 13 Pfennig für den Mittelmeer, 10 Pfennig und Spalte; 70 Pfennig für Restland im Zertel. Kanalkarte zu richten nach Halle Verdenstedtstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Teleg.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank Halle. Postkassenkonto: Leipzig 10654 Fritz Rob. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Sonnabend, 19. Februar 1927

7. Jahrgang • Nr. 42

150 000 Metallarbeiter ausgesperrt

Verbindlichkeitserklärung für Leipzig unter Massendruck abgelehnt

Dem Bezirksparteitag zum Gruß Halle, 19. Februar.

Ergzwingt den Kampf in Mitteldeutschland!

Morgen, am 20. Februar, tritt der Bezirksparteitag der KPD Halle-Merseburg zusammen. In einer Zeit, wo die internationale Lage und die Lage in Deutschland die höchste Anspannung der Kräfte erfordern, gilt es, die Bilanz der Arbeit der letzten zehn Monate zu ziehen, die neuen Aufgaben zu bestimmen, die Leistung zu wägen.

Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium wurde gestern die von den sächsischen Metallindustriellen beantragte Verbindlichkeitserklärung der 53-Stunden-Woche für die Leipziger Metallindustrie abgelehnt.

Diese Maßnahmen müssen erzwungen werden. Aufnahme des Kampfes auf der gesamten Front in der Metallindustrie ist zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit. Wenn die sächsischen Metallindustriellen ihre Ansprüche nach Berlin, Halle usw. weitergeben können, sind sie ihrer Sache sicher. Wenn dies nicht zutrifft, dann müssen wir nachgeben.

„Die KPD ist tot — die KPD hat keinen Einfluss mehr auf die Massen, sie ist eine einflusslose Sekte, die KPD steht vor der Spaltung.“ Wer erinnert sich nicht auf die langen Artikel, die die sozialdemokratische und die bürgerliche Presse unter diesen Überschriften veröffentlichten? Und heute? Das Triumphgeheul ist längst verstummt und verwandelt sich in ein Mitgehörig über die großen Erfolge, die die revolutionäre Partei im großen Ringen um die politische Führung des Proletariats und der Verbündeten des Proletariats, der unterdrückten und ausgebeuteten werktätigen Massen errang.

colorchecker CLASSIC
xrite

„Die Erfolge der Opposition ist deswegen besonders bemerkenswert, weil die SPD-Genossen vorher offen in ihren Zeitungen erklärten, das Verhältnis zwischen den Unternehmern und der Opposition sei 15:18 für Richtung Unternehmern. Das oben genannte Ergebnis ist ein deutlicher Protest der Raumburger Gewerkschaftler gegen die leichte und nach ihren eigenen Worten in der Kartellverhandlung unerschütterbare Arbeit der Reformisten. Es ist weiter ein Bekenntnis zur Arbeit der Front gegen Nationalisierung, Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnabbau, es ist ein Zeugnis für die Richtigkeit der gewerkschaftspolitischen Linie der Opposition.“

Der Bezirk Halle-Merseburg hat an den Erfolgen der Gesamtpartei einen Anteil zu verzeichnen, der seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. Das Streben des Zentralkomitees, die selbständige Initiative der Bezirke zu entfalten und mit den veralteten Methoden der schematischen Arbeit zu brechen, entspricht den Bedürfnissen, die durch die gesteigerte wirtschaftspolitische Bedeutung des Bezirks hervorgerufen wurden. Die Landeskonferenz der sächsischen Mitteldeutschlands brachte den Willen der Partei zum Ausdruck, die Zusammenballung des Trustkapitals auf unserem Gebiet mit einer Konzentration aller Kräfte der Werktätigen zu beantworten. Die vor und während der Landeskonferenz durchgeführte lebendige und fröhliche Einheitsfrontkampagne trägt jetzt, Monate nach der Konferenz, ihre Früchte; jede Woche, jeder Tag bringt Nachrichten über neue Fortschritte der Bewegung, neue Ortschaften für die sächsischen, neuen Versammlungen.

„Die Vereinigung der sächsischen Metallindustriellenverbände hielt am Freitag in Chemnitz eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die Metallarbeiter in Chemnitz, Jüterbog, Stannitz, Dresden usw. am Sonnabendmittag mit Arbeitsstreik zu unterstützen.“

Die Unterdamer siegen sich tot!

Das Raumburger Gewerkschaftskartell oppositionell. In der in Raumburg am 18. Februar stattgefundenen Kartellversammlung wurde die Mehrheit der Mehrheit, trotzdem in allen SPD-Zeitungen schon Wochen vor der Wahl ein Sieg der Reformisten angekündigt wurde. Um ihrer Sache ganz sicher zu sein, hatten sie das Mandat unseres Genossen K. nicht anerkannt. Trotzdem ferner ein oppositioneller Delegierter krank war, siegte die Oppositionsliste gegen den Vorschlag der Reformisten mit 15:13 Stimmen.

„In den Gewerkschaften ist unser Einfluss wesentlich gewachsen. Die starken Positionen der Gewerkschaftsopposition wurden gehalten, eine Reihe von Ortsverwaltungen oder führenden Funktionen von der Opposition neu erworbt. Die sächsisch-revolutionäre Arbeit unserer Genossen in den Gewerkschaften trägt ihre Früchte.“

Diese Grundlage der Kritik und die Lage im Bezirk entscheiden uns nicht der Pflichtstrenger und offener politischer Kritik. Am Gegenteil. Sie verpflichten uns dazu nur in höherem Maße. Eine solche politische Kritik von oben nach unten und von unten nach oben, die in keiner anderen Partei denkbar wäre, ist der Sauerstoff, ohne die die kommunistische Partei erblühen müßte. Was tut nun? Die Kritik der konkreten Fehler und Mängel, der konkreten opportunistischen Entgleisungen, die in einer Situation zwischen zwei Wellen der Revolution eine länderweite Gefahr darstellen. Die Partei hat in der verflochtenen Periode ihrer Arbeit gezeigt, daß sie die opportunistischen Fehler, wo sie begangen wurden, mit nichtförmlicher Schärfe verurteilt und für ihre Korrektur sorgt. Freilich ist die richtige politische Linie, die wir gegenwärtig befolgen, die Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik nur eine allgemeine Linie. Wenn die Exekutive die Weltlage richtig einschätzt, und das ZK, die Linie richtig vorzeichnet, so folgt daraus noch nicht, daß Genosse X. oder Genosse Y. im Gemeindeparlament oder in der Ortsverwaltung morgen nicht besondere opportunistische Fehler begehen werden. Die Kunst das Allgemeine auf das Besondere anzuwenden, die Kunst der Dialektik stellt noch viel mehr in der praktischen Kleinarbeit. Nicht lärmende Veröffentli-

rung leninistischer Genüßungstreue, sondern leninistische Schulung nur mit! Vollführung der Kampftaktik, Politisierung der Gewerkschaftsarbeit; hier gilt es, unsere politische Arbeit auf eine Höhe zu bringen, die wir grundsätzlich längst erreicht haben.